

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Ein liberaler Fischzug. Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Kooperation und Koalition, I. Zur materialistischen Geschichtsauffassung. **Allgemeines:** Die Maschinenarbeit und ihre Folgen, IV. Zur Vorbereitung der Senefelderfeiern. Nödmals: Betriebskrankenkassen gegen den Willen der Arbeiter. — **Der Lithograph:** Die Bewegung der Arbeitskraft in der Lithographie, II. Deutscher Lithographenbund in Liquidation. — **Die photochem. Fächer:** Brief aus Petersburg. — **Feuilleton:** Die internationale Ausstellung für Kunstunterricht, II. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An die Gauvorstände

sandten wir die Broschüren über die »Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Blechdruckereien« und bitten, sie in geeigneter Weise zu verteilen.

Zentralkommission der Steindrucker.

Zur Beachtung!

In Zahreb-Agram-Kroatien sind Differenzen wegen Tarifbewegung ausgebrochen. Jeder Zuzug ist fernzuhalten.

Der Hauptvorstand.

Holland.

In der Firma Reimeringer-Holland ist seit längerer Zeit ein Streik der Lithographen und Steindrucker ausgebrochen; wir ersuchen dringend, den Zuzug zu vermeiden.

Der Hauptvorstand.

Ein liberaler Fischzug.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine haben sich seit fast zehn Jahren so gut wie gar nicht vorwärts entwickelt. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdreifacht; sie stieg von 733 606 im Jahre 1902 auf 2 320 986 im Jahre 1911. Dagegen hat sich die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine in demselben Zeitraum nur von 102 851 auf 107 743 erhöht. Im Jahre 1911, in welchem die freien Gewerkschaften allein einen Mitgliedererwerb von 303 688 oder um 15,05 Prozent feststellen konnten, hatten die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine sogar einen bedeutenden Verlust zu verzeichnen; ihre Mitgliederzahl sank von 122 571 im Jahre 1910 auf 107 743 im Jahre 1911, also um 14 828 oder um 12,1 Prozent. Diese Stagnation, die auch in der Entwicklung der Gewerkschaften gleichbedeutend mit Rückgang ist, macht die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine neben ihrer gegenüber den freien Gewerkschaften kaum in Betracht kommenden Mitgliederzahl zu vollständig bedeutungslosen Gebilden; sie scheiden für die entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen fast ganz aus und kommen höchstens noch für die Unternehmer als willkommenes Mittel zur Verherrlichung ihres Grundsatzes: »Teile und herrsche!« in Frage.

Jetzt hat man den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften noch den Bären dienst erwiesen, sie zu Rekrutenschulen für den Liberalismus zu proklamieren. Obwohl sie schon immer im Fahrwasser eines seitdem Liberalismus segelten, haben sie doch bisher wenigstens nach außen hin den Schein der Neutralität zu

wahren versucht. Das ist nun anders geworden durch das Bestreben, die Arbeiter mit Hilfe der Gewerkvereine für den Liberalismus einzufangen, wobei sich die an diesem Versuch rege beteiligten Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinsführer wahrscheinlich von dem Kalkül leiten ließen, daß dadurch auch die Gewerkschaftsorganisationen neu befruchtet werden würden. Weil man die Ohnmacht der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine nach und nach selbst erkennen muß, klammert man sich an den Liberalismus wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm in der letzten Hoffnung, dadurch dem völligen Untergange entrinnen zu können. Indem man durch die Gewerkvereine den Liberalismus zu stärken versucht, hofft man von letzterem, daß er seinerseits die Gewerkvereine mit neuer Kraft erfüllen werde.

Vorerst führten diese krampfhaften Bemühungen und Versuche zu einer neuen Organisationsgründung. Am 10. und 11. August waren in Leipzig rund 100 Gewerkvereinsführer und sogenannte liberale Arbeitervertreter zu einer »Ersten Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten« versammelt, die einen »Reichsverein liberaler Arbeiter« aus der Taufe hoben.

Der Vorsitzende des Leipziger liberalen Arbeitervereins, Herr Viehweger, betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit einer liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie solle nicht einen Gegensatz bilden zu den bestehenden liberalen Parteien, aber sie müsse für eine stärkere Betonung der Arbeiterinteressen innerhalb des Liberalismus, besonders bei der Ausübung des Wahlrechts, wirken.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des Gewerkvereinssekretärs Erkelenz. Er meinte, in der Politik habe der liberale Arbeiter stets eine große Rolle gespielt (nämlich als Stimmvieh für das Ausbeutertum, was Herr Erkelenz allerdings so sagen vergaß!); trotzdem sei von einer einheitlichen liberalen Arbeiterbewegung nichts zu sehen. Das müsse anders werden, wenn nicht die Meinung, Sozialdemokratie und Arbeiterschaft sei eins, immer weitere Kreise erfassen solle. Man müsse eine große liberale Arbeiterbewegung über ganz Deutschland ins Leben rufen, die im Bürgertum das soziale und politische Gewissen wecken und im öffentlichen Leben den materiellen Erwägungen gegenüber die idealen Beweggründe geltend machen soll. Hand in Hand mit dem liberalen Bürgertum müsse die liberale Arbeiterschaft positiv arbeiten und den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit (den also sogar dieser Harmonieapostel nicht wegleugnen kann!) auf ein normales Maß zurückführen (was sich doch dieser »starke Mann« alles zutraut!). Da ein Anschluß der liberalen Arbeiterbewegung an die Nationalliberalen wegen der Verbindung der letzteren mit dem Scharfmachertum und den Gelben nicht vollzogen werden könne, empfahl Erkelenz den Anschluß des zu gründenden Reichsvereins liberaler Arbeiter an die Fortschrittliche Volkspartei.

Trotz des Widerspruchs der Vertreter aus Süddeutschland, die eine allgemeine liberale Betätigung des neuen Vereins ohne den Anschluß an eine bestimmte liberale Parteirichtung propagierte, wurde dann im Sinne der Erkelenzschen Vorschläge beschlossen, wodurch also der stolze Reichsverein zu einem Anhängsel der Fortschrittlichen Volkspartei geworden ist. Nach einem von Ingenieur Wilhelm-Berlin entworfenen und von der »Reichskonferenz« angenommenen Plane soll nunmehr überall die Gründung liberaler Arbeitervereine vorgenommen werden.

Zu diesem Zwecke hat der neue Reichsverein bereits einen schwungvollen Aufruf veröffentlicht, der von Anton Erkelenz als Vorsitzenden und von einer Reihe anderer Gewerkvereinsführer und liberaler Arbeiterführer ohne Truppen, so auch von Christian Tischendörfer, unterzeichnet worden ist. Darin heißt es u. a.: »Wenn es nicht schon im Anfange möglich war, eine einheitlich liberale Arbeiter- und Angestelltenbewegung für das ganze Reich zu schaffen, so bürgt die jetzt gewählte Form dafür, daß in der ersten Entwicklungszeit der Bewegung der Norden und der Süden das Maß organisatorischer Bewegungsfreiheit haben, das erforderlich ist, um die bisher unbeweglichen Massen der liberalen Arbeiter und Angestellten in Bewegung zu bringen. Keine einzige Stimme hat sich dagegen erhoben, daß das Ziel die einheitliche liberale Arbeiterbewegung bleibt.«

Trotz des Anschlusses an die Fortschrittliche Volkspartei hofft man also auf die Gewinnung aller liberalen Arbeiter, auch der nationalliberalen. Diese sind aber wohl durchweg der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, »nationalliberal«. Sie sind zu schwach oder zu feige, den Terror des Unternehmertums abzuschütteln, der sie gewerkschaftlich in die gelben Gebilde und politisch in die nationalliberalen Stimmviehherden treibt. Wenn es dem Reichsverein wirklich gelänge, diese »rückgratfesten Mannesseelen« mit zu gewinnen, dann könnte er mit ihnen wahrlich die Welt erobern. Aber er kann sie nicht gewinnen, weil das vom Unternehmertum eben nicht gelitten wird. Was anderes wäre es vielleicht gewesen, wenn der Reichsverein auf allgemein »liberaler« Grundlage errichtet worden wäre. Dann hätte das Scharfmachertum gern seine gelben Prätorianergarden in die neue Organisation kommandiert, der sie dann schon die dem Industrie feudalismus angenehmen Richtlinien gegeben hätten. Allerdings hätte dann der Reichsverein mit irgendwelchem wirklichen Liberalismus nichts mehr zu tun gehabt.

Aber man wollte wirklich liberal sein, weil man dadurch die Arbeiterschaft leichter zu ködern hofft. Das wird den Leuten aber auch nichts nutzen, denn die Zeiten, in denen derartige Experimente Aussicht auf Erfolg hatten, sind längst vorüber. Das Schicksal der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, die ja auch als liberale Sturmbock gegen die vom Bürgertum unabhängige, selbständige Arbeiterbewegung begründet wurden, sollte den Machern des Reichsvereins doch schon zur Genüge gezeigt

haben, daß in der Arbeiterschaft für den Liberalismus nichts mehr zu ernten ist. *Die Masse der Arbeiter vertraut auf die eigene Kraft.* Sie verzichtet darauf, das sogenannte »freiwillige Bürgertum« um Hilfe anzubetteln, wie es der Aufruf des Reichsvereins tut.

In der Erkenntnis, daß sie ihre Geschicke selbst lenken muß, wenn sie ihre Kulturmission erfüllen will, hat sich die Arbeiterklasse zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen die freien Gewerkschaften und zur politischen Interessenvertretung die sozialdemokratische Arbeiterpartei geschaffen. Sollten die leitenden Personen des neuen Reichsvereins wirklich so naiv sein, anzunehmen, daß sie durch ihr Gebilde die Arbeiterschaft ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Organisationen abwendig zu machen vermögen? Dann werden sie bald belehrt werden, daß sie zu spät aufgestanden sind.

Der Reichsverein wird weder die rein proletarischen Klassenorganisationen der Arbeiter irgendwie zu gefährden noch die Hirsch-Duncker'schen Gebilde durch ihre engste Verquickung mit dem Liberalismus und mit bürgerlicher Hilfe zu neuem Leben zu erwecken vermögen. Sie bleiben dazu verurteilt, bei lebendigem Leibe zu verdorren. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß für den Liberalismus in Bezug auf seine Stärkung aus den Reihen der Arbeiter nichts zu erwarten ist. Er hat umsonst seine Netze ausgeworfen und sein Fischzug wird ergebnislos bleiben. Aus allen diesen Gründen ist der neue »Reichsverein liberaler Arbeiter« nichts anderes als ein totegeborenes Kind.

Rundschau.

Die christlichen Gewerkschaften erwarben sich Dank und Anerkennung der — Unternehmer. Auf der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien führte der Geschäftsführer Dr. Brandt-Düsseldorf in seinem Geschäftsbericht u. a. aus, daß das Fernbleiben der christlichen Gewerkschaften bei dem Kohlenarbeiterausstand ein Vorgang von größerer Bedeutung nicht nur im Sinne einer wesentlichen Stärkung der Stellung der Unternehmer sei, sondern auch von Bedeutung für das politische Leben. Das Auftreten der christlichen Gewerkschaften sei nicht nur diktiert gewesen von der politischen Stellung des Zentrums zur Regierung, sondern es sollte auch dadurch eine außerordentliche Stärkung des politischen Einflusses des Zentrums auf die christlichen Gewerkschaften bewirkt werden. Das Zentrum habe schon immer eine besondere Beachtung der christlichen Gewerkschaften von der Regierung verlangt, weil diese Gewerkschaften vaterlandstreu und schutz-zöllnerisch seien. Es müsse von der größten Tragweite sein, daß nun in einem großen Kampfe diese Gewerkschaften auch wirtschaftspolitische Einsicht gezeigt haben, und es könne nicht ohne Eindruck bleiben, wenn die Führer des Zentrums bei irgend einer Gelegenheit dem Reichskanzler sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Arbeitermassen für das Vaterland und für den Wirtschaftsfrieden gegen die Sozialdemokratie aufbieten kann. Das Unternehmertum steht den Dingen freilich etwas anders gegenüber. Es erinnert sich des Spruches, daß eine Schwalbe keinen Sommer macht, und daß auch die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich Streikanhänger seien, wenn sie auch dieses eine Mal bei Seite gestanden und sogar den Schutz der Arbeitswilligen in öffentlichen Kundgebungen als notwendig anerkannt und für sich selbst erkannt haben. Die christlichen Gewerkschaften werden also auch von den Eisengießern als Zentrumsgewerkschaften betrachtet, deren Verhalten zur Stärkung des Einflusses der Zentrumspartei beiträgt. Auch ist das Eingeständnis gut, daß es nicht ohne Eindruck bei dem Reichskanzler bliebe, wenn Zentrumsführer sagen könnten: Wir sind die einzige Partei, die große Massen für das Vaterland, für den Wirtschaftsfrieden und gegen die Sozialdemokratie aufbieten können. Die Anerkennung, daß die christlichen Gewerkschaften beim Kampf im Ruhrrevier im Sinne einer wesentlichen Stärkung der Stellung der Unternehmer wirkten, rangiert die christlichen Gewerkschaften mit den Gelben auf die gleiche Stufe. Das haben sich die »christlichen« Arbeiterverräter redlich verdient.

Die Katholikentage und ihre Geflogenheiten werden durch den Bericht der »Germania« über die Rede des Präsidenten des diesjährigen Katholikentages Dr. Schmitt zum Jesuitengesetz trefflich illustriert. Darnach führte Dr. Schmitt u. a. aus: »Es ist ein Gebot der Selbstachtung, daß wir nicht ruhen und rasten, bis jenes Gesetz beseitigt ist. (Stürmischer Beifall.) Ich danke Ihnen für den Beifall, den Sie mir bei der Ankündigung dieses

meines Gedankens gezollt haben. Aber es war noch nicht genug. Es muß noch besser werden! (Stürmischer Beifall.) Ich will Ihnen mal was sagen: Wir haben heute morgen in der geschlossenen Sitzung eine Resolution betreffend das Jesuitengesetz angenommen und ich lasse diese Resolution nahher verlesen. Eine förmliche Abstimmung kann ich nicht herbeiführen, aber ich hoffe, daß wir uns auch so verständigen, daß wir noch mehr als eine einfache Abstimmung herausbringen. (Lebhafter Beifall.) Stellen Sie sich mal vor, es handle sich darum, einen großen wichtigen Bau zu illuminierten. Sagen wir mal, in diesem großen mächtigen Gebäude seien 10000 elektrische Lampen angebracht, und wenn dann plötzlich der Oberregisseur auf den Knopf drückt, dann springt auf einmal das Feuer auf in 8 bis 10000 Lampen, und das ganze Gebäude erstrahlt in herrlicher Beleuchtung. Ich werde Ihnen nahher die Resolution vorlesen, und wenn ich mit der Vorlesung zu Ende bin, dann werde ich auf den Knopf drücken und Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind. (Beifall und Heiterkeit. — Redner verliest die Resolution zur Jesuitenfrage.) Als er mit erhobener Stimme die letzten Worte der Resolution verlesen hatte — da bricht spontan (!) ein Beifall aus, wie er in dieser Stärke bisher auf keiner der Generalversammlungen dagewesen ist. Die Versammlung hat sich einmütig von ihren Plätzen erhoben. Unter Hut- und Tücher-schwenken auf allen Seiten bricht der Beifall erneut aus. — Ein Druck auf den Knopf und das Klatschen geht los! Diese famose Selbstcharakterisierung der zentrunmlichen Hammelherde bedarf wahrlich keines Kommentars!

Das Kölner Volkshaus sah sich genötigt, den Konkurs anzumelden, nachdem die Gewerkschaften notgedrungen erklärt hatten, daß sie zur Zahlung weiterer Zuschüsse in dem bisherigen hohen Umfange, geschweige in dem nunmehr verlangten viel höheren Maße nicht mehr imstande seien. Der Vorstand hat die Bücher des Volkshauses durch einen als Autorität anerkannten Bücherrevisor, der eine große Anzahl von Konkursen, darunter solche von großen Hotels und Restaurationsbetrieben, bearbeitet hat, prüfen lassen, und dieser Herr erklärte, der Wirtschaftsbetrieb des Volkshauses habe vorzüglich gearbeitet, und nirgends habe er die Verwaltung so in Ordnung gefunden wie im Volkshaus. Lediglich die Überlastung mit Zinsen und der Mangel an Barmitteln seien schuld an dem Konkurs. — Es ist Sorge getragen, daß die finanziellen Regulierungen bei dem Konkurs nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Loyalität erfolgen.

Von einer deutschen Gewerkschaftsbank, deren Gründung geplant sein sollte, wußte kürzlich der »Vorwärts« zu berichten. Die Notiz wurde auch von einigen Gewerkschaftsblättern übernommen. Von unserm Blatt wurde sie nicht gebracht, da wir ihr von vornherein zweifelnd gegenüberstanden. Jetzt muß der »Vorwärts« mitteilen, daß sich seine Notiz auf England bezogen habe. Dort hatten die Gewerkschaften bei fast allen großen Streiks der letzten Jahre unter ihrer Abhängigkeit von den kapitalistischen Banken zu leiden. Es wurden ihnen immer Schwierigkeiten gemacht, wenn sie ihre deponierten Anlagepapiere für Streikgelder flüssig machen wollten, und sie stießen erst recht auf Schwierigkeiten und Hindernisse, wenn sie zu solchem Zwecke Anleihen machen wollten. Die Gewerkschaftsbank soll unter Innehaltung solider Geschäftsregeln in erster Linie die Interessen der Gewerkschaften pflegen.

Den Boykott über die Zwieback-, Waffel- und Keksfabrik Harry Trüller in Celle, von dessen Verhängung wir in Nr. 31 berichteten, versucht der Inhaber in der bürgerlichen und Unternehmerpresse als grundlos hinzustellen. Er erklärt nun, seine Firma hindere keinen, sich irgend einer ihm geeignet erscheinenden Organisation anzuschließen. Herr Trüller weigert sich aber, diese Erklärung auch den in der freien Gewerkschaft organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber persönlich abzugeben. Ebenso lehnte er es ab, den Vertreter des Bäckerverbandes zur Beilegung der Differenzen zu empfangen. Daher müssen die Arbeiter und Arbeiterfrauen die Trüller'schen Produkte nach wie vor meiden. Nur dadurch kann den Trüller'schen Arbeitern und Arbeiterinnen zu dem Koalitionsrecht verholfen werden.

Generalversammlungen und Kongresse.

Fabrikarbeiter. Der Verband der Fabrikarbeiter hielt seinen 11. Verbandstag vom 4. bis 10. August in Dresden ab. In der zweijährigen Berichtsperiode stieg seine Mitgliederzahl von 141024 auf 189443, also um 48419. Inzwischen wurde das zweite Hunderttausend bereits überschritten. Der Verband erreichte 1910/11 für 82581 Personen 133364 Mk. Lohnerhöhung, durchschnittlich also für jeden einzelnen 1,61 Mk. pro Woche, und für 34099 Personen 74323 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich, sodaß auf jeden einzelnen im Durchschnitt 2 1/2 Stunden entfallen. Am Ende der Berichtsperiode war der Verband an 293 Tarifen für 495 Betriebe mit 31397 Personen beteiligt, gegen 124 Tarife für 195 Betriebe mit 17495 Personen am 1. Januar 1910. Die Gesamteinnahme betrug 8514379 Mk., die Gesamtausgabe 6364356 Mk.; der Kassenbestand bezifferte sich Ende 1911 auf 2150023 Mk. Den wichtigsten Verhandlungspunkt bildete die Abgrenzung des Agi-

tationsgebietes. Im Gegensatz zum Hamburger Gewerkschaftskongreß, der für die deutschen Gewerkschaften den Grundsatz der Berufs- und Industrieverbände vertrat, stellte sich der Verbandstag gleich dem der Gemeindegewerkschaften auf den Boden der Betriebsorganisationen. Dieser schon vor dem Verbandstag in der Praxis betriebliche Standpunkt ist schuld an den ständigen Grenzstreitigkeiten, die der Fabrikarbeiterverband mit zahlreichen anderen Gewerkschaften hatte. Der Verbandstag beschloß ferner die Branchengliederung des Verbandes mit besonderer örtlicher Leitung. Außerdem begründete er eine Unfallunterstützungskasse für sämtliche Verbandsfunktionäre und regelte die Gehälter der Beamten des Verbandes im Hinblick auf die allgemeine Teuerung.

Schneider. Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands hielt seinen 12. Verbandstag vom 12. bis 18. August in Köln a. Rh. ab. In der zweijährigen Berichtsperiode stieg seine Mitgliederzahl um 6000 männliche 3617 weibliche auf 50390 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen betragen 2250800 Mk., die Gesamtausgaben 1724537 Mk., der Kassenbestand 526343 Mk. Der Verband erreichte für 4348 Personen Arbeitszeitverkürzungen und für 33571 Personen Lohnerhöhungen im Gesamtbetrage von 69286 Mk. wöchentlich. Ferner wurden in 274 Fällen Tarifverträge abgeschlossen, an denen 45718 Personen beteiligt sind. Im Anschluß an die Berichte beschloß der Verbandstag die Anstellung eines zweiten Redakteurs und die Herausgabe einer fach- und metetechnischen Beilage oder einer besonderen, diesem Zwecke dienenden periodisch erscheinenden Fachzeitung. Die in der »Gr. Pr.« Nr. 32 schon erwähnten Vorschläge der Unparteiischen auf Zusammenfassung aller einzelnen Tarifverträge zu einem Reichstarifvertrage, der bis 1. März 1916 vollzogen werden soll, wurden gegen eine Stimme angenommen. Der Verbandstag beschloß ferner die Einführung der Sterbefallunterstützung und stellte dem Vorstände einen Beirat zur Seite, der neben den Mitgliedern des Vorstandes aus einem Ausschußvertreter, den Gauleitern und je einem Vertreter der Mitgliedschaften Berlin, Hamburg, München, Dresden und Stettin besteht. Außerdem nahm er Referate über das Hausarbeitsgesetz, die Privatbeamtenversicherung und das Thema »Gewerkschaften und Genossenschaften« entgegen. Auch dieser Verbandstag beschloß im Hinblick auf die Teuerung eine Aufbesserung der Gehälter der Angestellten, rückwirkend bis 1. Januar 1912.

Internationale Kürschnerkonferenz. Vom 30. Juli bis 1. August tagte in Wien die 5. internationale Kürschnerkonferenz, auf der die Landesorganisationen von Deutschland, Österreich, Ungarn, Belgien und Frankreich vertreten waren. Nach dem Bericht des internationalen Sekretariats hatte dieses eine Einnahme von 42693,99 Mk. und eine Ausgabe von 36873,24 Mk. Die Konferenz beschloß, daß das internationale Organ »Der Kürschner« von allen dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen als Publikationsorgan obligatorisch einzuführen sei. Es soll erwogen werden, ob das Organ von 1913 ab statt 2 mal monatlich 3 mal erscheinen kann. Die Konferenz regelte die Unterstützungsbedingungen der aus einer Landesorganisation in die andere übertretenden Mitglieder. Ferner beschloß sie, in allen Ländern auf eine Verringerung der Lehrlingszahl hinzuwirken. Ein Antrag auf Einführung einer internationalen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde dem Sekretariat überwiesen.

Internationaler Buchdruckerkongreß. Vom 12. bis 15. August tagte in Stuttgart der sechste internationale Buchdruckerkongreß. Dem internationalen Buchdrucker-Sekretariat waren am 1. Januar 1910 18 Landesorganisationen mit 125313 Mitgliedern und einem Gesamtvermögen von 20307306,63 Fr. angeschlossen. Bis Ende 1910 hatte sich der Mitgliederbestand auf 130165 vermehrt. Fast die Hälfte aller Mitglieder entfällt auf die deutsche Organisation. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Frage der Taktik. Der Kongreß beschloß einstimmig die Anerkennung der folgenden von den Organisationen Deutschlands, Österreichs, Ungarns und der deutschen Schweiz vorgeschlagenen Grundsätze: »Bei Tarifbewegungen, welche von den andern angeschlossenen Verbänden unterstützt werden sollen, müssen dem internationalen Sekretariat die Grundlagen (Ursache der Bewegung, Mitgliederzahl, Vermögensbestand, Zahl der eventl. in die Bewegung tretenden Personen usw.) unterbreitet werden. Das internationale Sekretariat unterbreitet den Antrag unter Beifügung seiner Auffassung den Verbandsvorständen. Nachdem letztere ihre Ansichten über die geplante Bewegung bis zu einem vom Sekretariat festzusetzenden Termin geäußert und die Äußerungen wiederum sämtlichen Verbandsvorständen zur Kenntnis gebracht, erfolgt die Abstimmung, ob die Bewegung zu unterstützen ist. Die von dem Sekretariat festgesetzten Beantwortungstermine sind strengstens einzuhalten. Verbände, welche in eine Bewegung zu treten beabsichtigen, müssen einen ihrer Mitgliederzahl entsprechenden Fonds aufweisen können, der die Unterstützung der Streikenden für mindestens zwei Wochen sichert. Bei Bewegungen, die aus dem Ablauf eines Tarifs

entstehen, muß ein der Mitgliedschaft entsprechender Fonds vorhanden sein. Bei Abwehrstreiks kann die Unterstützung auch erfolgen, wenn vorstehende Bedingungen nicht erfüllt werden konnten. Ferner wurde auf Antrag der französischen Organisation dem Sekretariat, das seinen Sitz in Stuttgart hat, auch die Aufgabe zugewiesen, bei inneren Schwierigkeiten der Verbände im Einverständnis mit den beteiligten Parteien vermittelnd einzugreifen. Der bisherige Sekretär Stautner wurde wiedergewählt und sein Endgehalt auf 4000 Mk. festgesetzt.

Aus dem Auslande.

England. Nach dem Bericht des englischen Arbeitsamtes bestanden in England Ende 1911 nicht weniger als 1168 Gewerkschaften mit 3010346 Mitgliedern, gegen 1153 mit 2440728 Mitgliedern im Jahre 1910. Die Steigerung der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt mit 23,33 Proz. ist die größte jemals erreichte. Die Gewerkschaften der See- und Hafenarbeiter verdreifachten ihre Mitgliederzahlen. Die Entwicklung der Gewerkschaften in den verschiedenen Industriegruppen veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Industriegruppe	Mitgliederzahl			
	Ende 1902	Ende 1907	Ende 1911	
Baugewerbe	245 799	193 697	173 036	
Bergbau, Steinindustrie	532 586	703 964	747 819	
Metall-, Maschinen- und Schiffsbau	337 293	377 556	414 083	
Textilindustrie	248 945	357 524	435 389	
Bekleidungsindustrie	64 094	68 833	74 670	
Eisenbahnen	74 727	138 887	185 379	
Straßenbahn- u. andere Landtransportbetriebe	34 674	41 950	84 089	
Seeleute, Hafenarbeiter	59 426	68 369	245 359	
Buchdruckgewerbe	59 062	68 221	77 161	
Verschiedene Berufe	198 787	278 719	346 055	
Allgemeine Arbeiter	109 956	125 136	227 306	
Insgesamt	1 965 349	2 422 856	3 010 346	
Abnahme oder Zunahme seit dem Vorjahr		0,7	+ 13,9	+ 23,3

Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 125 425 im Jahre 1901 auf 221 283 im Jahre 1910 und 292 858 im Jahre 1911; davon sind 60 Proz. in der Textilindustrie beschäftigt. — Gewerkschaftsverbände bestanden 110 Ende 1911, mit zusammen 3812599 Mitgliedern, doch sind dabei viele Mitglieder mehr wie einmal gezählt, weil ihre Gewerkschaften mehreren Interessenverbänden zugleich angehören. Die eigentliche gewerkschaftliche Landeszentrale, deren Hauptaufgabe die Streikrückversicherung ist und der daher nur kleinere und mittlere Gewerkschaften angehören, zählte 861 482 Mitglieder gegen 710 994 im Vorjahre, die Föderation der Bergarbeiter 588 000, die Föderation der Maschinen- und Schiffbauergewerkschaften 401 472, und die im Berichtsjahre gegründete Transportarbeiterföderation hatte 200 185 Mitglieder. — Ende 1911 bestanden 247 Gewerkschaftskartelle mit 1176 551 Mitgliedern, das sind 16,4 Proz. mehr als im Vorjahre. Durch die ungeheuren wirtschaftlichen Kämpfe konnten also die Unternehmer die englischen Gewerkschaften nicht vernichten, sie haben sogar eine kolossale Stärkung erfahren.

Schweiz. Nach dem Bericht des schweizerischen Gewerkschaftsbundes über die Entwicklung der schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1911 hatten die Gewerkschaften gute Fortschritte zu verzeichnen. Der Bericht zeigt folgendes Bild:

Verband der	1910	1911
Buchbinder	929	976
Friseurgehilfen	113	127
Gemeinde- und Staatsarbeiter	2578	2655
Handels- und Transportarbeiter	1128	1239
Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe	943	1000
Holzarbeiter	6845	7016
Hutarbeiter	241	261
Lebens- und Genüßmittelarbeiter	3200	3848
Lederarbeiter	1496	1333
Lithographen	717	819
Lokomotivheizer	2110	2094
Maler und Gipsler	3397	3414
Maurer und Handlanger	2400	1316
Metallarbeiter	12749	13425
Schneider	1776	1946
Stein- und Tonarbeiter	1676	1570
Textilarbeiter	7061	6489
Transportanstalten	11481	12106
Typographen	3369	3569
Uhrenarbeiter	9474	11200
Zimmerleute	1660	1706
Summa	75344	78119

Von den 21 Verbänden erfuhren im Berichtsjahre 17 eine mehr oder weniger erhebliche Mitgliederzunahme, während vier Verbände einen Mitgliederrückgang aufwiesen, der beispielsweise bei den Lederarbeitern durch die schwere Krise in der Schuh- und Lederindustrie verschuldet wurde. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes um 2775, wobei die aufsteigende Tendenz größere Bedeutung besitzt als der absolute Zuwachs an sich. Tritt nicht wieder eine neue allgemeine Wirtschaftskrise störend dazwischen, so wird das laufende Jahr 1912 weitere Fortschritte bringen.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 26. August 1912.

Gewerkschaften und Konsumvereine. Ein Aufruf Der Hamburger „Produktion“. Der Allgemeine Genossenschaftstag in München.

Die allgemeine Statistik der freien Gewerkschaften, die alljährlich Aufschluß über das Wachstum der Gewerkschaften gibt, ist nunmehr erschienen. Die nüchternen Zahlen geben uns ein Bild vom kräftigen Wachstum der freien gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft. Am Schlusse des Jahres 1911 waren in den freien Gewerkschaften 2,4 Millionen Mitglieder organisiert. Gegenwärtig werden die 2 1/2 Millionen wohl schon überschritten sein. Die Beitragsleistung der 2,4 Millionen Mitglieder belief sich auf 72 Millionen Mark, wovon 60 Millionen Mark für die verschiedenen Zwecke wieder zur Ausgabe gelangten. Allein für Streikunterstützung wurden nicht weniger als 16,7 Millionen Mark ausgegeben. Das Vermögen der freien Gewerkschaften beläuft sich nunmehr auf 62,1 Millionen Mark.

Die 17 Millionen Mark Streikunterstützung bedeuten gewiß eine ganz hervorragende Leistung der freien Gewerkschaften. Sie waren nötig, um die Lebenshaltung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu heben oder zu erhalten. Allein rechten Inhalt bekommen diese gewaltigen Leistungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erst dann, wenn mit diesen Leistungen Bestrebungen Hand in Hand gehen, die errungenen Verbesserungen durch Stabilisierung der gesamten Lebensverhältnisse sicherzustellen. Die Bestrebungen der Gewerkschaften richten sich ihrer Natur nach auf die Erhöhung und Erhaltung des *Nominallohn*s. Mehr als eine Seite des Wirtschaftslebens ist aber darauf eingestellt, dem Nominallohn seine Kaufkraft zu nehmen. Es müssen deshalb neben den gewerkschaftlichen Bestrebungen solche einherlaufen, die dem oftmals unter den heftigsten Kämpfen errungenen Nominallohn seine *reale* Kaufkraft sichern, besser noch, sie erhöhen. Die gegebenen Organisationen zur Sicherung und Hebung des *Reallohn*s sind unsere *Konsumvereine*. Sollen die Vorteile der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch die jedem fühlbaren Preissteigerungen nicht wieder illusorisch gemacht werden, so muß durch die Konsumvereine eine vernunftgemäße Regulierung vor allen Dingen der Lebensmittelpreise erfolgen. Deshalb ist die Organisation der 2 1/2 Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter in der Konsumgenossenschaftsbewegung eine dringende Notwendigkeit. Ein Blick auf den Unterschied in den Mitgliederzahlen lehrt, daß die gut 1,3 Million im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Haushalte noch eine kräftige Steigerung erfahren können und müssen, bevor neben den gewaltigen gewerkschaftlichen Organisationen die Konsumentenorganisation als wirtschaftlich gleichbedeutend einhergehen kann.

Die Erhöhung und Sicherung des Reallohn durch die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter ist nicht der einzige Vorteil, den die Gewerkschaften davon haben, daß ihre Mitglieder sich auch genossenschaftlich organisieren. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen besitzen heute schon eigene Produktivbetriebe von zum Teil gewaltiger Ausdehnung. Der direkte Einfluß der organisierten Konsumenten auf die *Lohn- und Arbeitsverhältnisse* in der Eigenproduktion geht Hand in Hand mit dem Einfluß auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Niemand vermag zu bestreiten, daß auch schon heute die Arbeitsverhältnisse großer Teile der privatkapitalistischen Produktion, sofern sie für den genossenschaftlichen Bedarf arbeiten, der Kontrolle der genossenschaftlichen Organisation untersteht. Die organisierten Konsumenten besitzen im Verein mit den gewerkschaftlichen Organisationen schon heute weitreichende Machtmittel, um gute Arbeitsbedingungen dort zu erzielen, unter Umständen auch zu erzwingen, wo sie freiwillig nicht gewährt werden. Der Gesamtumsatz von einer halben Milliarde Mark, über den die Konsumvereine, soweit sie im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisiert sind, im Jahre 1911 verfügten, bedeutet ein Stück wirtschaftlicher Macht, das gerade bei der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Herstellung dieser gewaltigen Menge von Lebensgütern in die Waagschale geworfen werden kann. Je inniger die Verbindung zwischen Konsumenten- und gewerkschaftlicher Organisation zur Heranziehung neuer Glieder ist, je größer werden die Erfolge sein, wenn es sich darum handelt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne vernünftiger Aufwärtsentwicklung zu beeinflussen. Diese Wahrheit sahen auch verschiedene Gewerkschaftskongresse und die Generalversammlungen einer großen Zahl von Gewerkschaften ein, als sie Beschlüsse faßten, die den gewerkschaftlich organisierten die Förderung der genossenschaftlichen Organisation empfahlen. Wenn von diesen Beschlüssen überall der rechte Gebrauch gemacht wird, wenn die Gewerkschaften ihrerseits alles tun, um den Konsumgenossenschaften die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Mitglieder zuzuführen, so werden beide Teile eminenten Nutzen daraus ziehen. Die nützliche wirtschaftliche Tätigkeit der Konsumvereine liegt so klar zutage, daß es in vielen Fällen keiner besonderen Mühe bedürfen wird, um die noch abseits Stehenden über diese

wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine aufzuklären. Eine richtig eingeleitete Agitation, unterstützt und getragen von beiden Organisationen, wird hier ganz gewiß große Erfolge zeigen.

Um ihre fördernde wirtschaftliche Betätigung immer segensreicher gestalten zu können, erschließen sich die Konsumvereine immer neue und ausgedehntere Betätigungsgebiete. So sendet uns das Sekretariat des Hamburger Konsumvereins „Produktion“ einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Mit dem Wachstum der Konsumgenossenschaften treten immer neue Aufgaben an diese Wirtschaftsorganisation heran, deren Ausführung auch im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder liegt. Ein anschauliches Beispiel von der Vielseitigkeit eines modernen Konsumvereins bietet der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, e. G. m. b. H. in Hamburg. Dieser begnügt sich nicht damit, seine Mitglieder nur mit Nahrungsmitteln zu versorgen. So hat die Wohnungsbeschaffung schon zum Teil ihre praktische Lösung gefunden. Die Versorgung mit Kleidung und sonstigen Notwendigkeiten des Lebens steht gleichfalls auf seinem Programm und harret der baldigen Verwirklichung. Als nächster Schritt ist jetzt die Einführung der *Feuer- und Lebensversicherung* geplant. Bereits vor drei Jahren wurde auf dem Genossenschaftstag in Eisenach die genossenschaftliche Feuerversicherung der Konsumvereinsmitglieder beschlossen. Die Ausführung dieses Planes mußte hier in Hamburg bis zur Schaffung einer zweckentsprechenden Organisation zurückgestellt werden. Heute ist durch die Genossenschaftsfunktionäre eine dauernde Verbindung mit den Mitgliedern der Genossenschaft hergestellt. Dadurch ist die „Produktion“ in der Lage, die Aufnahme in die Feuerversicherung zu vollziehen und auch die regelmäßige Einkassierung der Prämienbeiträge zu übernehmen. Die meisten Gewerkschaftsmitglieder sind ja bereits gegen Feuer bei den verschiedensten Gesellschaften versichert. Die Versicherung durch Vermittlung der „Produktion“ indessen bietet bedeutsame Vergünstigungen, so daß es im eigenen Interesse einer jeden Familie liegt, den Beitritt durch die Genossenschaftsfunktionäre zu vollziehen. Letztere erhalten mit Beginn ihrer Tätigkeit eine Legitimation, durch welche sie sich als Beauftragte der Genossenschaft auszuweisen haben. Die Tätigkeit für die von Gewerkschaften und Genossenschaften errichtete Volksversicherungs-Aktiengesellschaft wird Anfang nächsten Jahres erfolgen. Wir möchten aber jetzt schon die dringende Bitte an sämtliche Gewerkschaftsmitglieder richten, keine neue Volks- und Lebensversicherung abzuschließen, sondern bis zum Inkrafttreten der „Volksfürsorge“ hiermit zu warten. Bemerken möchten wir noch, daß sich die Feuerversicherung und später auch die Volksversicherung nicht nur auf die Mitglieder der Genossenschaften und Gewerkschaften beschränkt, sondern daß sämtliche Personen zugelassen werden.“ Indem wir uns diesem Aufruf anschließen, empfehlen wir ihn in seinem ersten, die Feuerversicherung betreffenden Teil unsern Hamburger Kollegen, in seinem zweiten Teil, der die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge betrifft, der gesamten deutschen Kollegschaft dringend zur Beachtung.

Als gewissenhafte Christen haben wir noch eine Tagung zu registrieren, zu der zwar die klassenbewußte Arbeiterschaft keine Beziehungen hat, die aber immerhin für die Genossenschafts-sache im allgemeinen nicht ohne Bedeutung ist. Es handelt sich um den 54. allgemeinen Genossenschaftstag, der vom 21. bis 23. August in München in Gegenwart von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden und hoher und höchster Herrschaften tagte. Sogar ein leibhaftiger Thronfolger, Prinz Ludwig von Bayern, war erschienen und begrüßte den Kongreß in einer wohlmeinenden Rede, in der er die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung für den Mittelstand und die kleinen Leute hervorhob. Nach einer großen Zahl weiterer Begrüßungsansprachen gab Genossenschaftsanwalt Prof. Dr. Crüger-Charlottenburg einen Überblick über den Stand der gesamten Genossenschaftsbewegung. Viel Erfreuliches wußte er von den Handwerker- und Bau-genossenschaften und anderen mittelständlerischen Gebilden nicht zu berichten. Dafür rief er sich neldisch an den kräftig aufblühenden Arbeiterkonsumvereinen und ihrem Zentralverband, dem er nachredete, daß er immer mehr unter sozialdemokratischem Einfluß gerate. Auf denselben Ton war der ganze Kongreß gestimmt. Man schimpfte auf die Warenhäuser und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung und machte die kuriosen Vorschläge zur Rettung des kleinen Handels- und Handwerkerstandes. So empfahl man z. B. auch den Konsumvereinen, mit der Eigenproduktion möglichst zurückzuhalten, um die kleinen Handwerker nicht zu schädigen; das Allgemeinwohl wurde also hinter die Wahrnehmung von Sonderinteressen zurückgestellt. Es liegt auf der Hand, daß Konsumvereine von Arbeitern, die die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und Notwendigkeiten erkannten, in dieser kleinbürgerlichen Gesellschaft keinen Platz mehr haben. Für diese Konsumvereine ist der von jenen Leuten vielgeschmähte Zentralverband deutscher Konsumvereine die einzig mögliche Zentralorganisation.

Kooperation und Koalition.

I.

Aus dem Wesen des Kapitalismus heraus erklärt sich die Tatsache, daß der Unternehmer nicht etwa den Zweck verfolgt, seinen Mitmenschen brauchbare Gegenstände zu liefern, das ist für ihn lediglich Mittel zum Zweck —, sondern daß es für ihn darauf ankommt, sein Kapital zu vermehren, das heißt, aus Geld mehr Geld zu machen. Und da er durch die Erfahrung gelernt hat, daß diese von ihm gewollte Mehrwertserzeugung nur durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht wird, so läuft sein ganzes Streben darauf hinaus, den Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft zu steigern, indem er aus dem Arbeiter möglichst viel unbezahlte Arbeit herauszupressen sucht. Das erste und einfachste Mittel, das er zur Erreichung dieses Zieles anwandte, war zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise die Verlängerung der Arbeitszeit und gleichzeitig die Herabsetzung der Arbeitslöhne. Von diesem Mittel haben die Kapitalisten nach Herzenslust Gebrauch gemacht, bis ihnen die neu aufkommenden gewerkschaftlichen Organisationen ein Halt zuriefen, indem sie in allen Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung durchsetzten.

Aber der Heißhunger nach Mehrwert war zu stark, als daß sich die Kapitalisten hätten aus der Fassung bringen lassen. Sie wußten sich zu helfen und ersetzten die lange Arbeitszeit durch eine intensive Arbeitsweise. Die intensive Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, die Intensität der Arbeit, wurde zum Schlagwort und es gelang den Unternehmern tatsächlich, die Arbeiter zu zwinzen oder zu veranlassen, in einer kurzen Arbeitszeit mehr Arbeitskraft aus dem Körper zu geben, als vorher in einer längeren Arbeitszeit. So ist es denn gekommen, und das ist das Geheimnis kapitalistischer Ausbeutungskunst, daß trotz der allmählichen Steigerung der Arbeitslöhne und der damit parallel laufenden Verkürzung der Arbeitszeit die Unternehmerrgewinne fortwährend im Steigen begriffen sind und geradezu ins Riesenhafte wachsen.

Ein sehr wichtiges Mittel, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters zu steigern, ist das System der Kooperation, wonach zahlreiche Arbeiter unter einem Hut gebracht und in einem gemeinsamen Betriebe nach einem einheitlichen Plane angewandt und ausgenutzt werden. Diese Arbeitsweise war im Mittelalter unbekannt, denn den damaligen Handwerksmeistern war es untersagt, mehr als eine kleine, durch Zunftordnung festgesetzte Anzahl von Gesellen zu beschäftigen. Infolgedessen hielt sich natürlich auch der Gewinn eines mittelalterlichen Meisters in bescheidenen Grenzen und andererseits war es dem Gesellen damals eher möglich als heute, sich selbständig zu machen. Damals war die Gesellenzeit noch wirklich eine Durchgangsperiode zum Meisterwerden, heute ist in all den Branchen, die mit Großbetrieben arbeiten, das Selbständigwerden einem Gesellen sehr erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht.

Am Ausgang des Mittelalters entwickelte sich aus dem handwerksmäßigen Kleinbetriebe zunächst die sogenannte Manufaktur, ein Großbetrieb ohne Maschinen. Hier herrschte die kooperative Arbeitsweise, indem ein einziger Unternehmer hunderte und tausende von Arbeitern in seinen Dienst stellte. Da die Zünfte gegen eine derartige ausgedehnte Produktionsweise protestierten, waren die Manufakturen gezwungen, sich auf dem platten Lande anzusiedeln, wo sich dann im Laufe der Zeit große Industriedörfer bildeten. Die Manufaktur entstand auf folgende Weise: entweder wurden Arbeiter der verschiedenartigen Handwerke in einem Betriebe vereinigt oder es wurde die Herstellung einer Ware in verschiedene Teilarbeiten zerlegt. Ein Beispiel für die erste Weise ist die Herstellung eines Kutschwagens, der früher durch die verschiedenen Werkstätten hindurchgezogen wurde, ehe er fertig war, während er nunmehr in einem gemeinsamen Betriebe durch die kooperative Tätigkeit verschiedener Arbeiter, wie Stellmacher, Schmiede, Sattler, Laddler, Glaser usw. fertiggestellt wird. Ein Beispiel für die zweite Art ist die Uhrenfabrikation. Während einstmals ein Uhrmacher eine Uhr allein herstellte, werden jetzt die verschiedenen Teile einer Uhr von den verschiedenen Teilarbeitern hergestellt und zuletzt zu einer Uhr zusammengesetzt.

Die in der Manufaktur herrschende kooperative Arbeitsweise bedeutet für das Kapital eine bedeutende Arbeitersparnis und eine größere Arbeitsleistung und darum einen höheren Gewinn. Sie erzeugte einen Produktionsmechanismus, dessen Organe lebende Menschen sind. Aber hierbei blieb der Kapitalismus nicht stehen, sondern er entwickelte durch die Einführung der Kraft- und Arbeitsmaschinen die Manufaktur zur Fabrik, das heißt zu einem Automaten, in dem Menschen und Maschinen wie Räder in einem Uhrwerk ineinandergreifen. Schon vor mehr als einem Jahrhundert schilderte der Engländer Ure die neuentstandene Fabrik als »eine Kooperation verschiedener Klassen von erwachsenen und unerwachsenen Arbeitern, die mit Fleiß und Gewandheit ein System produktiver Maschinen überwachen und bedienen, das ununterbrochen durch eine Zentralkraft in Tätigkeit

gesetzt wird«, und er nennt die Fabrik einen »Automaten, zusammengesetzt aus zahllosen mechanischen und lebenden Organen, die im Einverständnis mit einander wirken, um gemeinsam einen Gegenstand herzustellen«. Und er schließt seinen Lobgesang: »in der Fabrik versammelt König Dampf Millionen seiner Untertanen unter seinem wohlthätigem Szepter.« Ohne Zweifel ist das planmäßige Zusammenarbeiten der Fabrikproletarier die charakteristische Eigenschaft eines Großbetriebs. Diesen Eindruck bekommt jeder Beobachter, der beim Besuch einer Fabrik in dem Säusen der Maschinen und in dem geschäftigen Treiben der Arbeitsbienen eine bestimmte Ordnung zu erkennen weiß.

Die Vorteile, die das System der Kooperation dem Unternehmer bringt, sind verschiedener Art. Zunächst erzeugt es eine gleichmäßigere, stabilere Arbeitsweise und eine Durchschnittsleistung, in der die Unterschiede der einzelnen Arbeiter gegeneinander aufgehoben und in einer höheren Einheit aufgelöst werden. Außerdem gewährt es die Möglichkeit, die gute Zeit auszunutzen, indem er mehr Arbeiter einstellt. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß kooperierte Arbeiter bedeutend mehr leisten, als vereinzelt produzierende Arbeiter. Das Zusammenarbeiten erzeugt unter den Beteiligten einen regen Wettstreit, der sie zu einer größeren Leistung anspornt, eine Massenkraft, die wesentlich größer ist, als die Summe der Einzelkräfte. Nehmen wir als Beispiel an, ein einzelner Arbeiter könne 100 Kilogramm senkrecht in die Höhe heben, so werden zehn Arbeiter, wenn sie gemeinsam Hand anlegen, mit einem Ruck bedeutend mehr als 1000 Kilogramm heben können. Nur auf diese Weise läßt sich die Errichtung der Riesenbauten des Altertums erklären, bei denen ohne Anwendung von Maschinen, lediglich durch die Konzentration ungezählter Arbeitskräfte, Wunderwerke geschaffen wurden, vor denen noch heute Techniker und Ingenieure mit Bewunderung stillstehen.

Der pekuniäre Vorteil, den der Unternehmer aus der kooperativen Arbeitsweise zieht, läßt sich leicht nachweisen. Ein Kapitalist, der 100 Arbeitskräfte à 4 Mk. kauft und der sie gemeinsam produzieren läßt, erzielt dadurch eine Gesamtarbeitskraft von — sagen wir — 125 Mann. Diese Gesamtarbeitskraft kostet 400 Mk., jede einzelne Arbeitskraft also nicht mehr 4 Mk., sondern nur noch 3,20 Mk. Oder anders ausgedrückt: er bezahlt 100 Arbeiter und benutzt 125 Arbeiter, hat also die Arbeitskraft von 25 Arbeitern umsonst. Außerdem kann der Unternehmer bei einer kooperativen Arbeitsweise seine Räumlichkeiten und seine Maschinen besser ausnützen. Ein Fabrik, in der 50 Arbeiter beschäftigt sind, braucht nicht 50mal so groß zu sein als die Werkstelle, in der ein Kleinmeister für sich allein arbeitet, und in dieser Fabrik brauchen nicht 50mal so viel Maschinen zu sein, als in der Werkstelle des Kleinmeisters. Die Ersparnisse, die der Großindustrielle verhältnismäßig an Miete und anderen Unkosten macht, sind so bedeutend, daß sich auch hieraus das wirtschaftliche Übergewicht des Großbetriebs über den Kleinbetrieb ganz einfach erklärt. Wenn wir von den Reparaturbetrieben und von jenen Berufszweigen absehen, die sich dem Kunsthandwerk nähern, so finden wir, daß der Großbetrieb infolge der kooperativen Arbeitsweise bedeutend ertragsreicher ist, als der handwerksmäßige Kleinbetrieb. Die Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb beruht also auf dem Heißhunger nach höheren Gewinnen.

Zur materialistischen Geschichtsauffassung.

Die Grundlage und der Überbau der Gesellschaft, von denen Marx in seinem berühmten Vorwort von »Zur Kritik der politischen Ökonomie« spricht, können bildlich nach folgendem Plan dargestellt werden: Die Grundlage des Gebäudes ist ein gegebener Zustand der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft; dieser bringt gewisse Beziehungen zwischen den Individuen mit sich, die die Gesellschaft bei dem sozialen Prozeß der Produktion und Verteilung zusammensetzen. Diese Beziehungen aber sind wieder maßgebend für die Verteilung der Produkte. Hieraus ergibt sich wieder eine bestimmte Form der Gesellschaft, bestimmte Einrichtungen, welche ein Ausdruck dieser gesellschaftlichen Beziehungen sind. Die Gesellschaft ist dann von einer Geistesverfassung und von Gewohnheiten und Gebräuchen durchdrungen, die sich den sozialen Formen jener Gesellschaft anpassen. Dieses ganze Gebäude findet seinen architektonischen Abschluß in der Philosophie, Literatur und Kunst der betreffenden Gesellschaft; denn die Fähigkeiten, Geschmacksrichtungen und Neigungen, die in diesem zum Ausdruck gelangen, sind wieder bedingt durch jene allgemeine Geistesverfassung, durch die Gewohnheiten und Sitten.

Die in einer bestimmten Gesellschaft vorherrschenden Ideen üben wieder einen mächtigen Einfluß aus. Jene Ideen haben jedoch ihren Ursprung in dem sozialen Milieu, das einerseits wieder das Resultat der ökonomischen Beziehungen ist. Die

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz dem Buche: »Das theoretische System von Karl Marx« von L. B. Bauhin. Aus dem Englischen übersetzt von Luise Kautsky.

politischen, moralischen, religiösen oder anderen Ideen, die in einer bestimmten Gesellschaft herrschen und die das Verhalten des Menschen bestimmen, solange sie herrschen, verlieren ihre Macht und werden allmählich verabschiedet, wenn die ökonomischen Bedingungen, unter denen sie aufkamen, eine Veränderung erleiden.

Der Mensch ist in seinem Kampfe um die Beherrschung der Natur sehr erfindertisch. Seine Erfindungsgabe (Tempo der Aufeinanderfolge der Erfindungen) hängt von vielen Umständen ab, sie ist aber fast unaufhörlich läufig und führt zu einer ebenso unaufhörlich fortschreitenden Verbesserung der Werkzeuge, mit denen er die Natur ausbeutet. Mit dem Wechsel des Werkzeuges wechselt die Methode und zuweilen auch ihr Anwendungsgebiet. Die Wandlung kommt jedoch nicht plötzlich. Die neuen, verbesserten Werkzeuge und die neuen Methoden, die sie mit sich bringen, werden langsam vervollkommen und in Gebrauch genommen, und noch langsamer werden die neuen Ausbeutungsgebiete allgemein zugänglich. Doch der Vormarsch der ökonomischen, in dem neuen Werkzeug verkörperten Kräfte ist unaufhaltsam. Wie langsam ihr Fortschritt auch zu Beginn sein mag, beim Weiterschreiten gewinnen sie an Schnelligkeit und Wucht, wie der fallende Stein, bis der langsame Fortschritt sich in einen reißenden Strom verwandelt, der alle Hindernisse in seinem Lauf mit sich fortreibt.

Wenn ein neues Werkzeug auftaucht, so wird der Gesellschaft ein neuer Machtfaktor geboren. Dieser wächst mit der wachsenden Wichtigkeit des neuen Werkzeuges für die gesellschaftliche Wirtschaft und hilft ihm seinerseits zur richtigen Entfaltung, wenn künstliche Hindernisse ihm den Weg versperren. Dieser neue politische Faktor, die Klassen, die die neuen Werkzeuge besitzen oder anwenden, treten in einen Kampf mit der Klasse, die die alten Produktionsmittel besitzt und beherrscht, mitunter auch in Kämpfe untereinander; dieser Kampf um die Gewalt in der Gesellschaft wächst von Tag zu Tag, wie der Gebrauch des neuen Werkzeuges sich verbreitet. Jeder Rekrut auf dem neuen Gebiet ökonomischer Tätigkeit wird ein Soldat in der Armee der dieses Gebiet beherrschenden Klasse.

Dieser Kampf dauert an, bis das unvermeidliche Resultat erreicht ist: ökonomisch gewinnt das neue verbesserte Mittel zur Beschaffung der gesellschaftlichen Güter die höchste Bedeutung, politisch bekommt die Klasse die Oberhand, die diese neuen Produktionsmittel besitzt und beherrscht. Dann ist eine neue Ordnung der Dinge geschaffen; ist die neue Produktionsmethode hinreichend von der alten verschieden, so wird eine neue Gesellschaft geboren; neue politische Einrichtungen, neue religiöse Glaubensbekenntnisse, neue moralische Begriffe, neue ästhetische Empfindungen, neue philosophische Systeme entstehen. So geht die Geschichte ihren Gang. Was gestern neu war, ist heute alt, und was heute neu ist, wird morgen alt sein. Alle Ordnung der Dinge ist wechselweise jung und alt; erst kommt der Kampf um die Existenz und die Anerkennung, dann der Kampf um die Existenz und die Aufrechterhaltung der herrschenden Stellung gegenüber der Anerkennung der neuen Elemente, die ihre Existenz zu untergraben drohen. Was heute Fortschritt ist, ist morgen schon reaktionär.

In diesem Existenzkampf zwischen verschiedenen ökonomischen Gewalten und in dem Ringen der um die soziale Vorherrschaft der sie verkörpernden Gesellschaftsklassen werden gemeinlich sowohl Gewalt als Überredung angewendet; inwiefern und inwieweit, das wird von lokalen Einflüssen bestimmt. Die einmal festgesetzte Meinung, sie sei aus Interesse (Klasseninteresse) geboren oder durch Tradition gewonnen, übt, wie schon bemerkt, einen mächtigen Einfluß auf die Gesellschaft als Ganzes aus, bis die neuen ökonomischen Kräfte stark genug sind, ihren eigenen Meinungskreis zu bilden, ihre eigene »Ideologie«, und dieselbe dem menschlichen Geiste einzupragen. Die neuen Ideen bilden sich langsamer und noch langsamer gewinnen sie Anhänger. Aber wenn die Zeit gekommen ist, wo die Gesellschaft ökonomisch genügend revolutioniert, werden diese Ideen selbst zum revolutionären Faktor und helfen die alte Ordnung der Dinge zerstören.

Nicht allein die Klasse, in deren Interesse die Veränderungen liegen, die diese neuen Ideen hervorbrachten, wird durch diese neuen Ideen dermaßen angefeuert, daß sie sogar oft die ökonomischen Interessen selbst verliert und sich durch die Ideen allein hinreißen läßt, sondern auch neutrale Gesellschaftsklassen und sogar Leute, deren Interessen in der entgegengesetzten Richtung liegen, werden von den neuen Interessen mitgerissen und schließen sich der neuen Ordnung der Dinge an. Und dies darum, weil die neuen Ideen immer der Reflex der ökonomischen Veränderungen sind, die im Fortschritt der Gesellschaft als Ganzes liegen.

Neue Ideen sind daher immer das Resultat neuer ökonomischer Bedingungen; manchmal indirekt, aber immer nehmen sie einen wichtigen Platz ein im Kampfe der Klassen um den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft; denn jede neue Klasse kämpft ebensoviel für die Gesellschaft wie für sich selbst. Diese Ideen kennzeichnen wahrheitsgetreu die an dem Kampfe beteiligten Kräfte. L. B. Bauhin.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Maschinenarbeit und ihre Folgen.

IV.

Das muß man sagen, so konsequent sich unsere Unternehmer im allgemeinen immer bleiben, so konsequent verharren sie auch in ihren Anschauungen über unsern Unfallschutz: Ihr Kampf gegen diesen äußert sich nicht nur in einer tendenziösen, offensichtlich unzutreffenden Darstellung der Unfallursachen, sondern auch in einer bis ins kleinste gehenden Rentenquetscherei gegenüber den bedauernswerten Opfern der technischen Entwicklung unseres Gewerbes. Wir haben schon früher die skandalöse Tatsache registriert, daß die Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft viel mehr Mittel dafür übrig hat, auf die Renten der Verletzten zu drücken, als wie für eine wirkliche Unfallverhütung. Ja, in einzelnen Jahren waren sogar die reinen Rechtsgangkosten — die Kosten also, die infolge Berufungen gegen berufsgenossenschaftliche Entscheidungen usw. notwendig wurden — größer als die Kosten der Unfallverhütung. Das ist ganz gewiß kein Zeichen von besonderer Fürsorge für den armen Teufel von Unfallverletzten, wenn zum Rentenquetschen mehr aufgewandt wird, als zur Verhütung von Unfällen. Wie sich die Ausgaben für Unfallregulierung und für Unfallverhütung entwickelt haben, das zeigt die folgende Tabelle, die bis zum Jahre 1888 zurückgeht und die die Tendenz der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft zu zweifelsfrei erkennen läßt, die humanitären Bestrebungen auf Unterstützung der im Interesse kapitalistischer Produktion und kapitalistischen Profits zum Krüppel Geschlagenen zu unterdrücken.

Jahr	Unfallregulierung			Unfallverhütung
	Unfall-Untersuchung u. Entschädigungsfeststellung Mk.	Rechtsgangkosten Mk.	Zusammen Mk.	
1888	1246	1839	3085	—
1889	2225	2597	4822	7595
1890	2407	1712	4119	8620
1891	2683	2861	5544	8293
1892	3592	2308	5900	7739
1893	3754	3083	6837	6570
1894	4586	3063	7649	8330
1895	5562	3285	8847	8315
1896	5818	3313	9131	7258
1897	7100	4998	12098	8923
1898	6555	3466	10021	8563
1899	7063	4571	11634	9370
1900	8431	3937	12368	5760
1901	9156	4458	13614	6404
1902	8601	6811	15412	7326
1903	10305	6515	16820	6213
1904	11797	6756	18553	7221
1905	13432	6282	19714	6585
1906	14355	7046	21401	7111
1907	18068	9432	27500	7228
1908	17956	10919	28875	8593
1909	19766	10933	30699	11736
1910	19979	11798	31777	13509
1911	21553	12640	34193	13498

Mit dieser Tendenz auf Verschlechterung des Rentenbezuges steht natürlich die für unser Gewerbe zuständige Berufsgenossenschaft nicht allein. In wald systematischer Weise auf die Verschlechterung der Unfallversicherung und der Unfallrechtsprechung zum Schaden der Arbeiter hingewirkt wird, zeigt ein im Vorjahr von der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in neuer Auflage herausgegebenes Buch über »Die Gewöhnung an Unfallfolgen«. Dieses Buch enthält eine Zusammenstellung der für Unfallverletzte ungünstigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes. Es soll als Leitfaden für die Berufsgenossenschaften zu noch viel rücksichtloserem Vorgehen bei der Rentenfestsetzung dienen!

Doch nicht allein in ihren Aufwendungen für Unfallverhütung und für Unfallregulierung kommt zum Ausdruck, daß die Berufsgenossenschaft, der der wesentlichste Teil der Betriebe

unseres Gewerbes untersteht, die Rentenquetscherei als ihre erste Aufgabe ansieht, auch in der Zahl der sich notwendig machenden Berufungen gegen ihre Entscheide haben wir einen sehr gut anzeigenden Gradmesser hierfür. Im vergangenen Jahre z. B. wurde gegen die berufsgenossenschaftlichen Entscheide in 349 Fällen Berufung eingelegt, bei nur 1358 berufungsfähigen Entscheidungen ein außerordentlich hoher Prozentsatz. Das ist aber nur die Folge des Bestrebens, die Entscheidungen so ungünstig wie nur möglich für den Unfallverletzten zu gestalten, ein Beginnen, das bei der wachsenden Aufklärung unserer Kollegenchaft und Dank der Tätigkeit unserer Arbeitsekretäre je länger je mehr ein untaugliches sein muß. Immer mehr lernt der Arbeiter, in unserm Falle der durch Unfall verletzte, gegen die skandalöse Tätigkeit der Berufsgenossenschaften anzukämpfen und seine Rechte zu wahren. Immer mehr lernt er begreifen, daß sein Kampf um sein Recht zugleich ein Anknüpfen gegen die kapitalistische Macht ist. So charakterisiert sich der Kampf um die Unfallrente zugleich als ein Stück Klassenkampf, bei dem die Waffen allerdings recht ungleich verteilt sind. Immerhin erreichte noch in 82 Fällen der Unfallverletzte ein Urteil des Schiedsgerichts zu seinen Gunsten und selbst von den 107 gegen Schiedsgerichtsurteile eingelegten Rekursen wurden noch 21 zu Gunsten des Verletzten erledigt. Diese Zahl selbst mag gering erscheinen, in Beachtung der Tatsache jedoch, daß zu Gunsten der Genossenschaft ebenfalls nur eine geringe Zahl (39) entschieden wurden, 47 aber unerledigt blieben, kann man sich mit ihr abfinden. — Anträge auf anderweitige Festsetzung der Unfallentschädigung stellte die Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft in 212 Fällen. In 115 war die völlige Aufhebung der Rente, in 96 ihre Herabsetzung das Ziel der Genossenschaft, »auf innigste zu wünschen«. Leider kam es nur in 32 Fällen zur Ablehnung dieser Anträge, während tatsächlich 88 Rentenzahlungen eingestellt werden konnten und in 71 Fällen eine Herabsetzung stattfand. Dieser ständige und erbitterte Kampf um die Unfallrente bleibt natürlich nicht ohne Einfluß auf die Gemütsstimmung des Unfallverletzten, und daß zu den Unfallfolgen auch noch Gemütskrankheiten, nervöse Störungen kommen können, ist wohl selbstverständlich. Nur unsere Unternehmer sind sich über die Ursachen dieser Krankheitserscheinungen nicht klar: Sie suchen sie in der Unfallentschädigung als solche, in der Suddt der Arbeiter, und sie müssen ihnen wieder mit dazu dienen, den Sturm auf gegen unsere soziale Gesetzgebung zu unterstützen.

Wie die große Zahl und vor allem die Art der bei den Betriebsbesichtigungen vorgefundenen Mängel ausweist, läßt sich eine wirkliche Besserung, d. h. eine auch sichtbar zum Ausdruck kommende Herabsetzung der Unfallziffer nur dadurch erreichen, daß die Unfallquellen soweit als möglich immer mehr verstopft werden. Aber durch Verhaltensmaßregeln, allein oder doch zum ausschließlichen Teile an die Adresse der Arbeiter gerichtet, läßt sich das nicht erreichen, sintermalen ja die Arbeiter schließlich nicht aus purer Langweile ihre gesunden Knochen opfern. Darüber wird sich wohl auch die Berufsgenossenschaft klar sein. Sie glaubt aber, daß die »unfalltechnischen Fehler nur durch eine ausreichende Aufsicht der Betriebe« beseitigt werden können, daß »der Maschinenbau immer mehr dazu veranlaßt werden muß, seine Erzeugnisse so vollkommen auf den Markt zu bringen, daß sie auch den unfalltechnischen Ansprüchen genügen« und außerdem müsse dahin gestrebt werden, »die Schutzvorrichtungen so einzurichten, daß ihre Benutzung unabhängig vom Willen der Arbeiter ist«. Diese hier bezeichneten Wege mögen zur Vermeidung der Unfallgefahren mit beitragen, allein ausschlaggebend werden sie nur dann sein, wenn mit ihnen ein Einhalten in der Steigerung der Arbeitsintensität ver-

bunden ist. In diesem Sinne sollte auch die weitere Forderung der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft verstanden werden, nach der »die Betriebsunternehmer dafür zu sorgen haben, daß nicht neue Unfallquellen den alten hinzugefügt werden«. Leider aber ist es garnicht im Sinne der Berufsgenossenschaft gelegen, dieser Forderung eine solche weitherzige Auslegung zu geben, obwohl aller Unfallschutz an Maschinen aufgehoben erscheint, wenn der Unternehmer den Arbeiter zwingt, ein gradezu wahnsinniges Arbeitstempo einzuhalten. Und das geschieht in erster Linie durch schlechtbezahlte Akkordarbeit, die den Arbeiter veranlaßt, mit Aufbietung aller körperlichen und vor allem geistigen Anstrengung das geforderte Arbeitspensum zu bewältigen. Ein wohlorganisiertes Antreibersystem sorgt allerdings dafür, daß auch dem Zeitlohnarbeiter die Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß vielmehr auch bei diesem das gleiche Resultat wie dort erzielt wird, womit gesagt sein soll, daß nicht die Akkordarbeit allein die Unfallziffer ungünstig beeinflusst.

Der Unfallschutz schlechthin — wir reden da noch nicht einmal von einem besonders wirksamen — ist für den Durchschnittsunternehmer nur ein recht unbequemes notwendiges Übel und dieser Einschätzung der vielleicht humanitärsten, wenn auch unzulänglichen Einrichtung in unserem Erwerbsleben tragen die Berufsgenossenschaften als Unternehmerorganisation bereitwilligst Rechnung und sie scheuen sich sogar nicht, dies in aller Öffentlichkeit auch auszusprechen. So konnte man z. B. im offiziellen Organ des Vereins Deutscher Revisionsingenieure, in der »Sozial-Technik«, folgende Auslegung des Begriffes »Unfallschutz« lesen:

»Allen Maßnahmen der Arbeitgeber zum Schutze der Arbeiter ist insofern eine Grenze gezogen, als der Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt werden darf. Ein wirksamer Kampf gegen die Gefahren des Betriebs kann daher nur dann geführt werden, wenn die Bestrebungen des Unternehmers vom Arbeitnehmer durch gewissenhafte Befolgung der gegebenen Vorschriften gefördert werden; nur dann werden sich die Verhältnisse in den Betrieben verbessern, wenn auch der Arbeiter selbst mithilft.«

Die im Nachsatz wiedergegebenen rabulistischen Redensarten haben einen tieferen Sinn nicht, sie bezwecken lediglich, die brutale Gesinnung, die sich im ersten Satz zeigt, weniger aufreizend erscheinen zu lassen. Wird doch in diesem mit kurzen dürren Worten ausgesprochen, daß in erster Linie der Profit der Unternehmer berücksichtigt werden, daß zunächst das geheiligte Interesse am Geldsack befriedigt sein muß, ehe an das »arbeiterfreundliche«, mit dem Unfallschutz sympathisierende Unternehmer appelliert werden darf. Umso merkwürdiger berührt die im gleichen Artikel an die Arbeiter gerichtete Epistel, in der es heißt:

»Es kann von den Arbeitern verlangt werden, daß sie sich der Gefahren der Arbeit bewußt bleiben, vorhandene Schutzvorrichtungen nicht aus Bequemlichkeit entfernen oder unbenutzt lassen und Übermut und Leichtsinne einzudämmen suchen.«

Wie diese beiden hier zitierten Äußerungen in Einklang mit einander zu bringen sind, das bleibt Geheimnis der »Sozial-Technik«. Darin aber stimmen wir mit der genannten Zeitschrift überein, daß wichtiger als die Entschädigung die Verhütung der Unfälle ist und daß mehr als die auskömmlichste Entschädigung im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitgeber und Arbeitnehmer es liege, daß letztere unverletzt im Besitz ihrer ungeschmälerten Arbeitskraft dem Staat, dem Betriebe, ihren Familien und sich selbst erhalten bleiben! Wie oben und in dem vorhergehenden Artikel dargelegt wurde, ist diese Forderung nichts als eine schöne Redensart, gemacht, um über die innere Fäulnis im Wesen unseres Unfallschutzes hinwegzutäuschen. Die theoretische Auslassung und die praktische Betätigung der Unternehmer und ihrer Berufsgenossenschaften sind zwei sich gegenseitig abstossende Dinge und sie werden es auch bleiben, solange sie nicht von den Arbeitern gezwungen werden, einen tatsächlichen Unfallschutz zu pflegen. Nur darf nicht übersehen werden, daß mit einer solchen

zwiefältigen Haltung, wie gezeigt, dem Arbeiter, dem Schaffer aller Werte, ein schmählicher Schimpf angetan wird, über den auch Phrasen, wie oben aus der »Sozial Technik« zitiert, nicht hinwegheilen. Ubrigens hat das Suchen nach den Unfallursachen erst einen sekundären Wert. Viel richtiger ist es, die Gefahren garnicht erst aufkommen zu lassen, sie vielmehr von vornherein auszuschalten.

Wir wiederholten: Nicht die Versicherung gegen Unfälle, sondern ihre Verhütung ist humaner, weiser und wirtschaftlicher und muß zum Segen für das ganze Gewerbe ausschlagen. Das Ziel der Unfallverhütungstechnik muß darum dahin gehen, Maschinen und Betriebseinrichtungen so zu konstruieren, daß durch ihre Verwendung in der Praxis Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Menschen garnicht eintreten können.

Bei unsern Erläuterungen über die Unfallgefahren und Ursachen mußte eines außer Betracht bleiben und das ist der große Verlust, den der unfallverletzte Arbeiter und dessen Familie, infolge der Unfälle, erleiden muß, da die Einkommensverhältnisse während der Dauer des Heilungsprozesses oder während der Invaliddität äußerst reduziert sind. Leider ist ja diese Seite der Sache statistisch nicht zu erfassen, obwohl sie erst das richtige Bild von der zersetzenden Wirkung der Betriebsunfälle geben würde. Bescheiden wir uns darum mit dem Vorgetragen und lassen wir es mit diesem kurzen Hinweis sein Bewenden haben; das Kapitel, welches in den vorliegenden Artikeln aufgezeichnet werden mußte, ist ohnehin düster genug. Eine wirksame Unfallverhütung ist eine Frage der Kultur. Vom Unternehmer muß verlangt werden, daß er bei der Leitung seines Betriebes nicht nur einzig den Geldgewinn, sondern auch das Wohlergehen der Arbeiter im Auge hat. Verringert aber wird die Zahl der Unfälle neben der Beachtung des bereits in diesem Artikel Gesagten auch durch die geistige, technische und sittliche Hebung des Arbeiterstandes und diejenigen, welche sich dieser Aufgabe unterziehen, unsere Gewerkschaften, gehören damit zu den wirksamsten Bekämpfern der Unfallgefahren. Die Gewerkschaften bemühen sich in hervorragendem Maße in dieser Richtung, aber was nützt dabei alles, wenn sich der durch sie auf eine höhere Kulturstufe gebrachte Arbeiter gegen niedrige Löhne absetzen und seine Arbeit an der gefährbringenden Maschine noch dann fortsetzen muß, wenn seine geistige und körperliche Spannkraft bereits nachgelassen hat? Soweit persönliche Ursachen Unfälle verschulden, kommt hierfür jedenfalls die Ausbeutung der menschlichen Dienste durch die Unternehmer in erster Linie in Betracht. Darum müssen wir uns dieser Ausbeutung zu entziehen suchen durch eine umfassende Organisation unserer Berufsangehörigen. cm.

Zur Vorbereitung der Senefelder-Feiern.

•Fehert Feste, setzet Male
Männern vom Prometheusstamme,
Daß auf Erden herrlich strahle
Wer vom Himmel holt die Flamme!

Die Zeit der alljährlichen Senefelderfeiern rückt immer näher. Viele Mitgliedschaften werden schon an die ersten Vorbereitungen dieses unseres Berufsfestes gegangen sein. Ich habe immer die Beobachtung gemacht, daß die Feier um so besser gelang, mit je größerer Begeisterung sie durchgeführt wurde.

Als unsere Mitgliedschaft kaum 14 Mann stark war, haben wir, was manchem Kollegen sehr gewagt erscheint, schon unsere eigene Senefelderfeier vom Verband aus veranstaltet. Jeder Kollege zahlte noch ein paar Mark, zur Deckung der Unkosten aus seiner eigenen Tasche. Das war Begeisterung für unsere Sache! Eine Anzahl neue Mitglieder, die für den Verband gewonnen wurden, war das Resultat dieser gewiß von echter Begeisterung getragenen Senefelder-Feier an einem kleinen Ort.

Wahrlich, eine gleiche Opferfreudigkeit in mancher Beziehung könnte uns auch heute nicht nur nichts schaden, sondern sehr viel nützen. Gerade in jetziger Zeit, und besonders in diesem Jahre, haben wir von der früheren Begeisterung für unsere gemeinsame große Sache manches nötig. So manche Kollegen in unserm jetzt viel größer gewordenen

Verbande neigen nur allzuleicht zum Persönlichen und vergessen dabei ganz das Sachliche.

Was unser Verband geleistet hat, soll hier nicht besprochen werden. Aber wie es noch vor sechs Jahren, im Jahre 1906, in manchen Orten aussah, muß doch wieder einmal angeführt werden. Im Herzen Deutschlands, in einem Ort, der gerade zu unserm letzten großen Kampfe 1911/12 mit die Veranlassung gab, und zwar in Gera (Reuß) betrug in einem Geschäft für Lithographen und Stein-drucker die tägliche Arbeitszeit exkl. Pausen noch 11 Stunden. Und als Lohn wurden im ersten Gehilfenjahre ganze zehn Mark pro Woche bezahlt! Von der in diesen und anderen Orten Thüringens beliebten Lehrlingszuchterei wollen wir lieber schweigen; denn es würde zu weit führen. In vielen anderen Orten und Gegenden lagen die Verhältnisse ebenso. Nun vergleiche man jetzige Zahlen damit und jedermann wird doch zu der Einsicht kommen müssen, daß unser Verband sehr viel geleistet hat.

Wie wären unsere Berufe in den letzten Krisen-jahren heruntergekommen, wenn der Verband nicht gewesen wäre! Das muß hauptsächlich bei der kleinsten Senefelder-Feier am kleinsten Ort den Mitgliedern recht eindringlich gesagt werden! Und auf diese Weise werden sich gerade in diesem Jahre die Senefelder-Feiern nicht nur als angenehm, sondern auch als nützlich und zweckdienlich erweisen.

Die »Fidelitas« muß und wird natürlich auch bei den Senefelder-Feiern zu ihrem Rechte kommen müssen. Nur möchten wir den Kollegen auch dabei den guten Rat geben, alles Seichte zu meiden und nur wirklich Gutes zu wählen. In diesem Sinne rüstet zur Senefelder-Feier 1912!

Nochmals: Betriebskrankenkassen gegen den Willen der Arbeiter.

In dem in Nr. 32 der »Gr. Pr.« erschienenen Bericht der Frankfurter Chemigraphen wurde auch zu dem von mir eingesandten, vom stellvertretenden Redakteur umgearbeiteten und in Nr. 28 veröffentlichten Artikel »Betriebskrankenkassen gegen den Willen der Arbeiter« Stellung genommen. Die Redaktionsanmerkung in diesem Bericht veranlaßt mich, noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die Tatsachendarstellungen im Artikel und im Bericht stimmen überein: 90 Prozent der Arbeiter der Firma Klingspor in Offenbach a. M. protestierten entschieden dagegen, daß die Firma eine Betriebskrankenkasse begründen wollte. Trotzdem wurde die Gründung vollzogen, die Arbeiterschaft also vergewaltigt. Das Tänzchen, zu dem das Personal, wie es in einer Resolution erklärte, bereit sein wollte, wenn die Firma die Gründung wagen sollte, ist ausgeblieben.

Dadurch ist also eine eminente soziale Verschlechterung für die Arbeiter der Firma Klingspor zur Tatsache geworden. Denn weil die Unternehmer es nicht gern sehen, daß die Arbeiter ihren Einfluß auf die Ortskrankenkassen geltend machen, richtet man Betriebskrankenkassen ein. In diesen führt der Arbeitgeber nach der RVO. sowohl im Vorstand wie im Ausschuß stets den Vorsitz. Er hat stets die Hälfte des Stimmrechts. Der Einfluß der Arbeiter ist gleich null. Daher haben die Offenbacher Kollegen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Gründung operiert; sie waren sogar bereit, die letzte Konsequenz zu ziehen. In einem Betriebe, wo Mann für Mann organisiert ist und wo die gesamte Arbeiterschaft hinter unsern Kollegen stand, wäre es ein Leichtes gewesen, dem Willen der Arbeiter Geltung zu verschaffen.

Aber es kam anders. Im letzten Augenblick verschanzte man sich hinter die Tarifgemeinschaft; diese sollte es abwehren, wozu man selbst den Mut nicht mehr hatte. Und als das Tarifamt erklärte, daß es die Gründung einer Betriebskrankenkasse nicht als eine Verschlechterung im tariflichen Sinne betrachte — worüber man natürlich auch eine ganz entgegengesetzte Ansicht haben kann —, da haben die Kollegen erklärt, daß die Sache doch nicht mehr aufzuhalten gewesen sei. Um ihre Bereitwilligkeit zum positiven Mitwirken zu zeigen, haben sie sich in den Vorstand der Betriebskrankenkasse wählen lassen, obwohl sie, wie gezeigt wurde, darin ganz einflusslos sind. Und daß ein Teil der Chemigraphenkollegen — und wahrlich nicht die schlechtesten — auch noch Propaganda für die Wahl machten, das war es, was niemand begreifen konnte. Sie haben dadurch den Gewaltakt des Unternehmers noch unterstützt.

Die Einführung der Betriebskrankenkassen ist eine Dezentralisierung der Krankenversicherung am Ort, ein Angriff eines Unternehmers gegen den Einfluß der Arbeiter. Wer dagegen nicht mit aller Entschiedenheit ankämpft, der braucht sich nicht zu wundern, wenn morgen mit demselben Recht ein anderer Unternehmer den Austritt aus der Organisation verlangt mit der freundlichen Einladung, zu den Gelben zu gehen; und weil angeblich dies »nicht anders geht« und der Mut zum Handeln fehlt, muß man sich schließlich auch dort, um »Einfluß zu gewinnen, mit in den Vorstand des gelben Gebildes wählen lassen. Das wäre die Konsequenz des Offenbacher Falles, die jeden Kollegen veranlassen muß, das Verhalten der Firma und der Arbeiter, die sich nachträglich für die Mitwirkung in

der gegen den Willen der Versicherten gegründeten Betriebskrankenkasse gewinnen ließen, entschließen zu verurteilen.

C. H.
Anmerkung. Die vom Kollegen C. H. im letzten Absatz gezogene Parallele trifft u. E. nicht zu, da weder die Ortskrankenkassen mit unsern freien Gewerkschaften noch die Betriebskrankenkassen mit den gelben Gebilden zu vergleichen sind. Wir haben aber dem Kollegen C. H. noch einmal Gelegenheit gegeben, seine Ansicht gegenüber der Stellungnahme des stellvertretenden Redakteurs zu der Offenbacher Angelegenheit zu vertreten. Es stehen sich beide Ansichten gegenüber, sodaß jede weitere Diskussion fruchtlos erscheint, weshalb wir sie hiermit schließen.
Die Redaktion.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Bewegung der Arbeitskraft in der Lithographie.

II.

Wir Gewerkschaftler sind es gewohnt, jede neue Erscheinung im Gewerbeleben gründlich zu erforschen. Wir wissen, daß wir bei unserm Vorgehen gegen Mißstände im Beruf um so eher auf einen Erfolg rechnen können, je besser wir über die Ursachen ihrer Entstehung usw. unterrichtet sind. Würden wir nicht so handeln und die verschiedenen Vorgänge im Berufe nicht so genau beobachten und erforschen, dann könnte es uns wohl recht oft passieren, daß wir in die Irre gingen und uns in der Wahl der rechten Kampfmittel vergriffen.

Wir haben uns in der letzten Zeit hier etwas eingehend mit der Überfüllung unsers Berufes, mit dem auffallend starken Überangebot von Lithographen und der daraus sich ergebenden großen Verschlechterung unsrer wirtschaftlichen Lage beschäftigt. Da uns diese Angelegenheit sehr nahe geht, verlohnt es sich wohl auch, zu untersuchen, welche Ursachen jener für uns so folgenschweren Erscheinung, daß gerade zum Lithographenberuf der Zudrang so außergewöhnlich stark ist, eigentlich zu Grunde liegen.

Um bei dieser Untersuchung zu einem Ergebnis zu kommen, dessen Richtigkeit jeder klar erkennt, ist es notwendig, zunächst auf eine eigentümliche Bewegungsäußerung des Kapitals aufmerksam zu machen.

Unser wissenschaftlicher Vorkämpfer Karl Marx hat herausgefunden, daß die Unternehmer in allen Industriezweigen so ziemlich gleich hohe Profite erzielen. Wie er weiter festgestellt hat, liegt diese merkwürdige Erscheinung im Wesen des Kapitalismus begründet. Die Profite haben das Bestreben, sich in allen Gewerbszweigen auf den Durchschnitt der gesamten Profitmasse, die im Gewerbeleben hervorgebracht wird, auszugleichen.

Wie sich diese Ausgleichung der Profite vollzieht, das läßt sich in wenigen Worten ungefähr wie folgt veranschaulichen: Werden in irgend einem Industriezweig von den Unternehmern solche Profite erreicht, die die allgemein übliche Höhe übersteigen, also höher als der Durchschnitt sind, so stürzt sich sofort Kapital aus den andren Industriezweigen, wo die Profite nicht so hoch kommen, in diesen Industriezweig, um sich hier zu den besseren Bedingungen anzuwenden und zu verwerten. Nun erweitern sich hier die bestehenden Unternehmungen und neue bilden sich. Die betreffenden Produkte, die auf dem Markte einen so guten Preis haben und darum außergewöhnlich hohe Profite bringen, werden in Unmengen hergestellt, und auf den Markt geworfen. Dadurch entsteht aber bald eine Überproduktion in dieser Ware, das heißt soviel, daß der Markt von ihr bald übersättigt wird. Dies bewirkt ein Sinken des Preises der Ware und damit verbunden natürlich auch ein Sinken der Profite der Unternehmer. Dieser Vorgang wird solange anhalten, bis die Profite soweit gesunken sind, daß sie das allgemeine Durchschnittsniveau aller Profite nicht mehr überragen. Genau in der umgekehrten Weise wird sich dieser Vorgang vollziehen, wenn in irgend einem Gewerbe aus irgend einem Grunde die Profite der Unternehmer unter den allgemeinen Durchschnitt hinabgesunken sind. Hier zieht sich das Kapital zurück und sucht eine bessere Verwertung in andren Gewerben. Die Auswanderung des Kapitals, die in dem betreffenden Gewerbe eine Verkleinerung und Verminderung der Unternehmungen und einen Rückgang in der Warenerzeugung nach sich zieht, dauert natürlich auch solange an, bis sich die Warenpreise, und damit die Profite, auf den normalen Stand wieder gesteigert haben.

Man sieht also, daß das Kapital fortwährend in Bewegung ist, daß es, getrieben von der Sucht,

sich zu den besten Bedingungen zu verwerfen, immer von einem Industriezweig in den andern wandert und dadurch bewirkt, daß die einzelnen Profite überall das Bestreben zeigen, sich zu ihrem Gesamtdurchschnitt gegeneinander auszugleichen.

So erklärt es sich, daß das Kapital im allgemeinen in allen Gewerben zu einer annähernd gleich hohen Rente kommt. Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Aufstellung sieht man ja auch darin, daß die Zinsen des Geld- oder Leihkapitals, die doch aus dem in den Unternehmungen erzeugten Profit fließen, in ihrer Höhe überall nicht weit voneinander abweichen.

Daß wir es in dieser Ausgleichung der Profitrate mit einem ganz gesetzmäßigen Vorgang zu tun haben, davon wissen natürlich unsere Unternehmer samt ihren Sachwaltern, den Doktoren und Professoren, nichts. Die Bewegungsgesetze des Kapitals sind diesen Leuten eben ein Buch mit sieben Siegeln. Diese Ausgleichsbestrebungen der Profitrate, so unerklärlich sie ihnen auch sind, werden selbstverständlich von diesen Profitmücheln sehr gut gespürt. Durch Gründung von Preiskartellen suchen sie ihnen entgegenzuarbeiten und die Preise und Profite künstlich hoch zu treiben und auf einer anormalen Höhe zu halten.

Dieses Bewegungsgesetz, daß sich in der Ausgleichung der Profitrate äußert, gibt uns in unserer Untersuchung über die Ursachen des übermäßig starken Zudrangs zum Lithographenberuf einen wertvollen Fingerzeig. Wir glauben davon ableiten zu können, daß auch ein solches Gesetz auf die Arbeitskraft einwirkt und ähnlich wie bei der Profitrate auch bei der Lohnrate Ausgleichsbestrebungen herbeiführt. Nach unsern Beobachtungen im Gewerbeleben läßt sich mit Recht auf eine solche Annahme schließen.

Es ist ganz natürlich, daß auch die Arbeitskraft das Bestreben zeigt, dorthin zu wandern, wo sie glaubt, die besten Bedingungen für sich vorzufinden, unter denen sie vom Kapital ausgebeutet wird, und daß sie dort abzuwandern sucht, wo diese Bedingungen anormal schlecht, die Löhne außergewöhnlich niedrig sind. Wie stark dieses Bestreben bei der Arbeitskraft vorhanden ist, das zeigt der Zug zur Großstadt. Vom Lande und aus den kleinen Orten wandern fortwährend große Arbeitermassen nach den großen Städten, weil sie dort bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden hoffen. Wie vom Lande in die Großstadt, so drängt auch die Arbeitskraft aus den schlechter zahlenden in die besser zahlenden Gewerbe.

Diese Bewegung der Arbeitskraft, ihr Abwandern von den schlechten Lohnstellen und ihr Zuwandern zu den guten Lohnstellen, muß nach unserer Meinung auf die Löhne dieselbe Wirkung ausüben wie die oben erläuterte Bewegung des Kapitals auf die Profite. Es wird eine *Ausgleichung der Löhne* hervorgerufen. Nun meinen wir, daß sich diese Ausgleichung der Löhne nicht wie bei den Profiten auf der mittleren, sondern wegen der Einwirkung der industriellen Reservearmee und anderer Faktoren *unter der mittleren Linie* vollzieht.

Daß die Bewegung der Arbeitskraft, ihr Drang nach den besten Arbeitsstellen, auf die Löhne, im allgemeinen genommen, ausgleichend wirkt, kann wohl kaum bestritten werden, denn es ist doch eine Tatsache, daß die Löhne in den verschiedenen Gewerben, im Durchschnitt genommen, im großen und ganzen, von einzelnen Besonderheiten abgesehen, nicht weit voneinander abweichen. Diese Tatsache kann nur auf eine lohnausgleichende Wirkung der Bewegung der Arbeitskraft zurückgeführt werden. Auf die höheren Löhne in den besser zahlenden Gewerben drückt eben nicht nur die ständig vorhandene industrielle Reservearmee, sondern auch die zudrängende Arbeitskraft aus den schlechter zahlenden Gewerben. Zudem sucht die Reservearmee, soweit dem nicht unüberwindbare technische Schwierigkeiten entgegenstehen, zuallererst dort einen Unterschlupf zu gewinnen, wo die Arbeitsbedingungen am günstigsten sind.

Der lohnrückende Wirkung des zu starken Zustromes von Arbeitskraft zu den besser zahlenden Gewerben steht zwar die lohnhebende Wirkung des Abstromes von Arbeitskraft aus den schlecht zahlenden Gewerben gegenüber. Da aber, wie wir bereits hervorgehoben haben, infolge Einwirkung der überschüssigen Arbeitermenge die lohnrückende Wirkung der Wanderung der Arbeitskraft größer ist als ihre lohnhebende, haben wir als Gewerkschafter alle Ursache, diese Bewegung der Arbeitskraft nicht frei und ungezügelt walten zu lassen. Sie muß in geordnete Bahnen geleitet werden. Ungezügelt führt sie nur zu einer Senkung der Lohnrate. Eine Ausgleichung der Löhne *unter der mittleren Linie* ist doch gleichbedeutend mit einer *Senkung der ganzen Lohnrate*.

Weil es so ist, wie wir hier geschildert haben, darum haben die Arbeiterschichten, die sich in ihren Berufen bessere Arbeitsbedingungen erkämpft haben, ein Recht dazu, sich gegen den allzugroßen Zustrom von Arbeitskraft aus den zurückgebliebenen Gewerben zu wenden, denn er macht die Errungenschaften in ihrem Berufe wieder zunichte. Wenn sie so vorgehen, handeln sie nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in dem der gesamten Arbeiterschaft. Nach unsern Vorführungen leuchtet wohl jedem ein, daß die Förderung, in der *Angelegenheit der Berufswahl die Kräfte frei und ungehindert wirken zu lassen, nicht sozial ist, sondern im Gegenteil kapitalistisch-manchesterlich*.

Um einen außergewöhnlich starken Zustrom von Arbeitskräften anzulodern, ist es nicht immer nötig, daß die Arbeitsbedingungen in einem Gewerbe wirklich besonders günstig sind, sondern sie brauchen oft nur als besonders günstig zu *scheinen*. Diese Tatsache liefert uns auch die Lösung des Rätsels, daß gerade der Lithographenberuf, der heute in seiner Verelendung wahrlich seinen Angehörigen keine sichere und auskömmliche Existenz bietet, unter einem besonders starken Zustrom von Arbeitskraft zu leiden hat.

Über die Verhältnisse in unserm Berufe herrschen im allgemeinen bei den ihm fernstehenden Leuten die wunderlichsten Anschauungen. Man glaubt, daß es bei uns noch so gewissermaßen »Honiglecken« gäbe. Schon der Umstand, daß die Lithographie ein Kunstgewerbe ist, trägt viel dazu bei, daß man sich über das Fortkommen, das der Lithographenberuf seinen Angehörigen bietet, die größten Illusionen macht. Überall stößt man bei den Nichtkennern unsers Berufes auf die felsenfeste Überzeugung, daß die Lithographie noch eines der wenigen Gewerbe sei, das seinen Angehörigen nicht nur ein gutes Fortkommen und eine sichere und auskömmliche Existenz biete, sondern auch die Möglichkeit, durch Strebensamkeit, Tüchtigkeit und Fleiß in eine höhere gesellschaftliche Stellung aufzusteigen und wohlhabend zu werden.

Bei diesen irrigen Anschauungen, die bei den uns Fernstehenden über unsre Berufsverhältnisse herrschen und die von einer gewissen Stelle noch geflissentlich genährt werden, braucht man sich natürlich nicht zu wundern, daß sich die Arbeitskraft von allen Seiten mit aller Macht in unsern Beruf hineinzudrängen sucht.

Aus technischen Gründen kann frische Arbeitskraft bei uns selbstverständlich immer nur als Lehrkraft Eingang finden. Der Zudrang selbst wird dadurch aber keinesfalls abgeschwächt. Fast jeder Arbeiter, der mal etwas von unserm Berufe gehört hat und seinen Sprößling »etwas besseres« werden lassen und ihm eine sichere und gut auskömmliche Existenz schaffen will, sucht ihn bei uns unterzubringen. Die Ernüchterung bleibt bei diesen Leuten freilich niemals aus. Sie kommt aber leider, zu ihren und unserm Schaden, aus natürlichen Gründen fast immer zu spät.

Unser Berufe kann allen den vielen ihm zuströmenden Arbeitskräften nicht dauernd eine Unterkunft bieten. Fortwährend stößt er daher einen erheblichen Teil von ihnen wieder gewaltsam ab. Dieser Abstoß erfolgt weniger deshalb, weil aus der Lithographie das Kapital auswandert und sich in ihr die Produktion verengt — das Kapital findet hier immer noch sehr hohe Profite —, sondern mehr aus dem Grunde, weil durch Umwälzung der Technik immer mehr Lithographen überflüssig werden.

So hätten wir also die Ursachen gefunden, die für den starken Zu- und Abstrom der Arbeitskraft in der Lithographie und den daraus sich ergebenden Umständen maßgebend sind. Welche Mittel wir ergreifen müssen, um eine Besserung dieser Zustände in unserm Berufe herbeizuführen, das ergibt sich aus dem Ergebnis dieser Untersuchung von selbst.

Vor allen Dingen müssen wir selbst alles das unterlassen, was geeignet ist, die irrigen Anschauungen, die über unsern Berufe bei weiten Schichten der übrigen Arbeiterschaft anzutreffen sind, noch weiter zu nähren und zu stärken. Aus diesem Grunde halten wir es für einen großen Fehler, daß unsre Tarifabschlüsse und sonstigen Lohnbewegungsergebnisse außer in den verschiedenen Fachblättern, wo es sehr angebracht ist, auch in der politischen Tagespresse der Arbeiterschaft veröffentlicht werden. Wir sind sicher die letzten, die haben möchten, daß man mit unsern Errungenschaften hinter dem Berge halbe. Wir wissen die moralische Wirkung dieser Veröffentlichungen unsern Kollegen und auch unsern Unternehmern gegenüber sehr wohl zu würdigen.

Die Benutzung der Tagespresse der Arbeiter ist dabei aber vollständig überflüssig. Die uns fernstehenden Arbeiter, die unsern Berufe, seine wirtschaftliche Lage, sein inneres Wesen und seine

Eigentümlichkeiten nicht kennen, ziehen aus diesen Veröffentlichungen ganz falsche Schlüsse.

Daß dadurch die Illusionen über unsern Berufe genährt und demzufolge der Drang, uns Lehrlinge zuzuführen, gestärkt wird, das zeigt sich recht deutlich in der Praxis!

Deutscher Lithographen-Bund in Liquidation.

Zur Feststellung der noch vorhandenen Anrecht-haber an der Liquidationsmasse des ehemaligen Lithographen-Bundes werden alle Mitglieder des Senefelder Bundes, soweit sie Anspruch auf das Liquidationsvermögen haben, höflichst ersucht, eine Postkarte mit folgendem Wortlaut:

Erkläre hiermit, Mitglied des Senefelder-Bundes und Anteilhaber an dem Liquidationsvermögen des ehemaligen Lithographenbundes zu sein.

Unterschrift und Adresse. (Stempel der Mitgliedschaft des Senefelder Bundes zur Beglaubigung.)

bis spätestens 15. September 1912 an den Geschäftsführer einzusenden.

Fr. Lößlein, Nürnberg,

Ludwig-Feuerbach-Straße 38, II.

NB. Wir machen darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Generalversammlung in Saalfeld 1908 nur solche Mitglieder Anspruch an der Liquidationsmasse haben, die ihre Mitgliedschaft im Senefelder Bund fortgesetzt haben.



Brief aus Petersburg.

Obwohl in den Spalten der »Graphischen Presse« wiederholt und von verschiedenen Seiten auf die »glänzenden« Verhältnisse im graphischen Gewerbe Rußlands hingewiesen wurde, sind trotzdem noch viele Kollegen völlig ungenügend darüber informiert. So ließen sich z. B. vor kurzer Zeit einige Chemigraphen aus Deutschland und Österreich zu Hungerlöhnen (90 und 100 Rubel monatlich) hierher engagieren. Sie sind auf die süßen Versprechungen eines hiesigen Chefs, der zum Gimpelfang nach Berlin gefahren war, hereingefallen. Die Enttäuschung dieser Kollegen war natürlich sehr groß, denn ein derartiger Lohn entspricht in keiner Weise den teureren und sich beständig steigenden Lebensverhältnissen in Rußland. Abgesehen aber von der eigenen Schädigung, die jeder, der seine Arbeitskraft so billig nach Rußland verkauft, an seinem Leibe bitter genug verspürt, trägt eine solche niedrige Entlohnung auch zur weiteren Verschlechterung der Existenzbedingungen bei und wird der Schmutzkonzurrenz, die hier von gewisser Seite systematisch betrieben wird, Vorschub geleistet. Den russischen Kollegen ist natürlich ein Ausländer, der die Berufsverhältnisse mit verschlechtert, keinesfalls willkommen. Sie leben ohnedies unter einem traurigen Ausbeutungssystem, langer Arbeitszeit und schlechter Entlohnung und es ist ihnen unmöglich gemacht, durch eine Organisation ihre Lage zu verbessern. Die Verbände sind, wie bekannt, polizeilich verboten. Agitatoren werden kurzerhand verhaftet. Tagtäglich kann man in den hiesigen Zeitungen lesen, daß wegen »Aufreizung zum Streik« Arbeiter durch Verfügung vom Stadthauptmann bestraft werden, meistens mit Gefängnis nicht unter einem Monat. Wenn also die Verhältnisse so liegen, so sollte sich doch jeder Kollege, der sich ins heilige Rußland wagen will, vorher genügend informieren und seine Lohnforderungen darnach richten, damit er nicht das Odium auf sich nimmt, Lohndrücker und Schmutzkonzurrent zu sein. Da man den Rubel hier genau wie im Auslande als 1 Mark rechnen muß, so sind 150 Rubel monatlich für Dreifarbenätzer das Existenzminimum; unter diesem Lohne ist nicht anständig auszukommen, und man muß trotzdem in leiblicher und geistiger Beziehung vieles entbehren.

Gar mancher stellt sich unter Petersburg eine moderne Großstadt vor und malt sich in den schönsten Farben aus, wie herrlich es sich in diesem »Eldorado« leben läßt. Rasch erwacht aber jeder aus seinen Träumen, der hier ankommt und die schmutzigen Straßen (Kanalisation gibt es nicht!) und das miserable Pflaster sieht. Sauberkeit trifft man hier überhaupt in den seltensten Fällen, fast alles starrt vor Schmutz. In den meisten Wohnungen ist Ungeziefer vorhanden und für ein mit derartigen »Herrlichkeiten« ausgestattetes Zimmer muß man hier mehr Rubel bezahlen als in Deutschland Mark, weil die Mieten unverschrämt hoch sind. Frisches Trinkwasser muß man hier völlig entbehren, denn das Wasser der Newa ist verseucht und kann wegen der Typhus- und Cholera-gefahr nur in abgekochtem Zustande genossen werden. Viele, die dieses nicht beachtet haben (darunter mancher Ausländer) sind am Typhus schwer erkrankt oder gar gestorben. Petersburg hat eine hohe Sterblichkeitsziffer, was zum Teil auch auf das ungünstige, sehr veränderliche Klima zurückzuführen ist. Krankenkassen gibt es noch nicht, deshalb müssen Arzt und Apotheke aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Meide daher jeder, der nicht ganz gesund ist, Petersburg, und wer trotzdem nach Rußland Stellung annehmen will, dem seien obige Ausführungen zur Beachtung dringend empfohlen.

rek.



Feuilleton.

Die internationale Ausstellung für Kunstunterricht, Zeichnen und angewandte Kunst.

Außer über den gegenwärtigen Stand des Zeichenunterrichts an den Volksschulen werden wir in der Ausstellung auch unterrichtet über die Anwendung und Methoden des Zeichnen- und Werkunterrichts an Gewerbe- und Kunstgewerbeschulen, Lehrerseminaren usw. Zunächst sei hier noch genannt die Ausstellung »Jugendkunst« von Professor Cizek-Wien, die durch die lebensfreudige Erfassung der Objekte allgemeines Aufsehen erregte. Alles ist hier mit Frische und Kraft dargestellt. Es sind freie Schöpfungen von selbständiger Erfindung der Kinder. Sie gewähren uns Einblick in die Seele und in das Sehnen der Kinder. Zum Teil sprechen sich darin bereits reiche Individualitäten aus. Der Zweck des Sonderkurses, in dem diese Arbeiten entstanden sind, ist: 1. das Sehen und Darstellens lernen. 2. Erforschung und Pflege der natürlichen Veranlagungen, Neigungen und Fähigkeiten. 3. Förderung der Gestaltungskraft. 4. Erziehung des Konsumentennachwuchses durch Erarbeitung des Interesses und Verständnisses für das Kunstschaffen und die Qualitätsarbeit. 5. Untersuchung der psychologischen Grundlagen des produktiven Schaffens. 6. Verbreitung der gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse durch Ausstellungen, Vorträge und Publikationen. — Zugelassen zu dem Kursus werden Schüler und Schülerinnen von 6 bis 14 Jahren. In Ausnahmefällen können einzelne Schüler über das 14. Lebensjahr hinaus den Kursus besuchen. Die Einrichtung scheint sich nach den vorliegenden Resultaten sehr gut zu bewähren.

Ein hübsches, anschauliches Beispiel, wie der Werkunterricht in den Lehrerseminaren sich einbürgert, gibt uns die Ausstellung des Lehrerseminars zu Weimar. Solche Übungen bringen den Lehrer in innigere Verbindung mit dem praktischen Leben. Er wird aus dem Verständnis für die schöpferische Arbeit heraus den Unterricht lebendiger und fruchtbarer gestalten können. Das aufgesammelte Wissen tritt in lebensvolle Beziehungen zum Können und wird dadurch erweitert und vertieft. Wenn man den Fortschritt in diesen Schulen auf diesem Gebiete sieht, fällt um so mehr die Stagnation, der Stillstand auf, der sich bei manchen Schulen zeigt, die fahgemäß den Fortschritt in der Werkstattarbeit zu pflegen hätten. Diesen Eindruck des Stillstandes erhält man z. B. nach den ausgestellten Arbeiten von der Gewerbeschule zu Dresden. Da scheint die Kopiermethode noch alle lebendige Gestaltungskraft zu fesseln. Nur ganz bescheiden wagen sich die Gedanken des neuen, pulsierenden Lebens hervor. Und gerade die Gewerbeschule hätte doch so viel zu tun, um diesem Leben Bahn zu brechen. Das strukturelle Zeichnen z. B. gibt

Gelegenheit in Fülle, den neueren Anschauungen Rechnung zu tragen; Konstruktion nicht nach Vorlagen, sondern aus dem Zweck des Gegenstandes und dem Charakter seines Materials heraus zu lehren usw. Auch die Königl. Kunstgewerbeschule zeigt sich durchaus nicht in allen Abteilungen auf der Höhe, die man von ihr erwarten konnte. Am angenehmsten berühren uns die Abteilungen Professor Seyfferts und Eckerts durch Frische und Stilschönheit. Auch Professor Goller läßt in seiner Plakatabteilung den neuen künstlerischen Geist der Zeit verspüren, wie ja überhaupt die Plakatkunst eine der entwickeltsten Töchter unserer Zeit ist. Nicht erfreulich ist es, daß in der angegliederten Abendschule noch immer das Zeichnen nach Gipsabgüssen und die Renaissance eine so große Rolle spielen. Gerade die Abendschüler brauchen in den wenigen kostbaren Stunden, die sie dem Unterricht opfern können, einen solchen, der in engster Verbindung mit den Erfordernissen ihrer praktischen Tätigkeit steht. Wenn z. B. ein Holzbildhauerlehrling durch viele Stunden hindurch ein solches Gipsornament mit allen Schlag- und Nebenschatten bei Lampenlicht mühsam und pedantisch nachzeichnet, wird er zum höheren Verständnis seines Berufes nicht viel gewinnen. Wichtiger wäre es, ihm Verständnis und Gefühl für rhythmische Maßverteilung, Flächenstückung usw. durch leichte Aufgabestellung, die systematisch immer weiter schreitet, zu wecken. Was jeder Schüler am nötigsten braucht, würde sich bei einem solchen Unterricht bald herausstellen.

Die ausgestellten Arbeiten der Kunstgewerbeschule zu Hamburg zeigen den frischen Zug der Zeit in höherem Maße. Besonders die Gegenstände aus dem Kinderkursus von Meier aus der Natur und der Vorstellung atmen lebendige Frische und Formempfinden.

Auch die Gewerbeschule für Mädchen bringt gute Arbeiten zur Ansicht. In den Frauenarbeitschulen, die ausgestellt haben, scheint sich überhaupt die Neubelebung des Kunstgewerbes besonders heimisch gemacht zu haben. Man sieht hier sehr oft wundervolle Muster, Stickerien und Entwürfe von auserlesenem Geschmack. Hervorzuheben ist da besonders die Frauenarbeitschule zu Stuttgart. Auf die Mängel, die sich dem Fortschritt in unseren Gewerbe- und Kunstgewerbeschulen entgegenstellen, wies Professor Mihalik-Budapest in der letzten Sitzung des Kongresses hin: Die Hauptaufgabe dieser Schulen sollte es sein, neue künstlerische Seiten dem Material und Werkzeug abzugewinnen, womit sich die rasche Produktionsweise der Praxis nur selten beschäftigen könne. Daran fehle es heute in den meisten Fällen noch. Auch müsse die Schule die Möglichkeit haben, sich die Schüler dem Talente entsprechend auswählen zu können. Damit hatte der Redner einen besonders wunden Punkt der Organisation unseres heutigen Schulwesens berührt. Aber es ist zu hoffen, daß die Auswahl der betreffenden Talente von den Volksschulen aus bedeutend leichter wird, wenn in diesen der Gedanke der Arbeitsschule zur Tat geworden ist. Auch werden sich dann leichter

die geeigneten Lehrkräfte herausfinden lassen, an denen es heute noch sehr mangelt. Wie an den Mittelschulen der Gedanke der Arbeitsschule an Boden gewinnt, zeigt auch die Ausstellung des König-Georg-Gymnasiums in Dresden. Der betreffende Unterricht soll hier vor allem dazu dienen, die Freude am Gestalten zu wecken und Gedächtnis und Phantasie zu stärken.

Auf alle die zahlreichen Abteilungen hier einzugehen, würde zu weit führen. Erwähnt sei nur, daß das Ausland in manchen wesentlichen Punkten unseren deutschen Schulen überlegen ist. So bemerkt man z. B. an den Produkten der Königl. ungarischen Landes-Kunstgewerbeschule Budapest ein frisches, fröhliches Zugreifen und Wagen. Es scheint, daß dort keine Tradition vorhanden ist, die die Geister im Banne hält.

Sehr stark vertreten sind auf der Ausstellung das Textilfach und die graphischen Künste. Bei beiden ist der Fortschritt gegen früher in die Augen springend. Wenn ehemals unter dem Einflusse des »Jugendstils« in diesen Fächern wilde Linien- und Farbenanarchie herrschte, so zeigt sich gerade hier heute vornehme Zurückhaltung, strenge Sachlichkeit und wohlthuende Ruhe. Trotzdem hat die malerische Seite dieser Produkte ganz bedeutend gewonnen. Einen großen Raum nehmen Arbeiten der Königl. Akademie der graphischen Künste in Leipzig ein. Außerdem gibt uns eine internationale Schrift-Ausstellung Gelegenheit, die Fortschritte auf diesem Gebiete in den einzelnen Ländern zu vergleichen. Bei dieser Gelegenheit sei auf die Ausstellung des Verbandes der deutschen typographischen Gesellschaften, Sitz Leipzig, aufmerksam gemacht. Was wir da sehen, sind Unterrichtsergebnisse aus Schreibkursen des Verbandes. Die Arbeiten können sich sehen lassen. Der Schriftsatz ist hier in den meisten Fällen mit großem Formgefühl nach den neuen Grundsätzen gestaltet. Die Schriften wirken dekorativ und doch zugleich klar. Mit großer Feinheit ist oft der Charakter des Schriftsatzes und der Farbe dem Inhalte des Schriftstückes entsprechend gestaltet. Eine große Auswahl der verschiedensten Schriftarten ist hier zusammengestellt.

So bietet diese Ausstellung eine Menge des Interessanten und Belehrenden. Aber alles das ist viel zu wenig systematisch geordnet. Nicht allein der Laie, auch der Fachman hat Mühe, sich durch den riesigen Stoff hindurch zu arbeiten und die Nutzenwendungen herauszuziehen. Auch dürfte es sehr schwer sein, zu beurteilen, inwieweit das Ausgestellte einen Durchschnittsmaßstab für den gegenwärtigen Stand auf diesen Gebieten abgeben kann, oder bis zu welchem Grade die Gegenstände und Zeichnungen nur glänzende Parastücke sind. Das ist auch von einem großen Teil der Kongreßmitglieder bemängelt worden. Man hat deshalb nach Schluß des Kongresses in einer besonderen engeren Besprechung über die zukünftige Gestaltung solcher Ausstellungen beraten. Hoffentlich ist das Resultat derart, daß sie in Zukunft ihrem Zwecke als unterrichtliche Ausstellungen voll gerecht werden.

M. M.

Chiffre - Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellenangebote

Erstklassiger

Maschin. - Retuscheur

sofort gesucht. [180] Albert Wolf, graph. Anstalt, Mannheim.

Maschin. - Retuscheure

die selbstständig und sauber arbeiten, finden dauernde u. angenehme Stell. bei Böhme & Co., G.m.b.H., Magdeburg

MESSING - STECHER

für die Tapetendruckwalzen sucht durch den Arbeitsnachweis Eugen Schiebold, Leipz.-Stötteritz, Papiermühlenstraße 10. [210]

Form-, Messing-

Holz-Stecher für dauernd gesucht. Peter Luhmer, Barmen, Allee-Straße 196.

MESSING - STECHER

werden durch den Arbeitsnachweis ges. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24. [180]

Stellengesuche

Positiv - Retuscheur

f. Landsch. sow. auch f. jedm Retusche sucht baldigst Stell. Off. an E. Oeser, Oetzsch b. Leipzig, Gautzschstr. 2 erb.

Verschiedenes

„Matt-Lack“. Bester Farben-zusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“. Vorzüglicher weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“. Gibt festsitzende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hanke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. [300]

Gebrüder Stärzl, München
Fabrikation v. Rouletten, Sticheln,
Polierstählen, Grundräsers etc.
— Katalog gratis und franko. —

„Faltentod“

Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Trawe.)

Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen.

In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt!
Patente in allen Kulturstaaten.

Krieger & Co., Bielefeld.

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande

Wischwalzen Schläuche, ohne Naht

für Steindrucksnellpressen

Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).

Vertreter an allen größeren Plätzen — Ia.-Zeugnisse. —

Zur Hälfte des sonstigen Preises!

Prima Tangierfilms und Apparate verschied. Systeme
Einzig echt. Von wunderbarer Schärfe. Verlangen Sie Muster.
FRANZ TROMMER, LEIPZIG, GRETSCHELSTRASSE 11

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren.
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt frei. Kunstgewerbeschule

Barmen

Kl. Buchdruckerei- Einrichtungen —

(fachmännisch sortiert)

ALEXANDER GRUBE,
LEIPZIG, Talstraße 22

Photogr. Vergrößerungen v. Por-
träts, Landschaften usw. in Sepia od.
Schwarz, roh zum Selbstausarbeiten od.
mit künstl. Retusche liefert billig [75]
H. Loersch, Frankf. a. M., Leipz.-Str. 29.

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe

liefert Leipziger Tangier-Manier.
Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Roulett., Fadenstichel

Fräser u.s.w. in bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König,
Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Verbandsnachrichten

Unterzeichneter bittet um die Adresse
des Kollegen

Heinr. Stöber,

geboren zu Bodum 1881.
Jos. Krieg, Karlsruhe,
Hübischstr. 22IV. [210]

Die Ortsvorslände werden gebeten,
die Adressen des Zeichners

Raimund Fink

und des Andruckers

Franz Panneck

der Düsseldorfer Verwaltung zu
übermitteln.

Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden
Sie es direkt an die Expedition.